

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittage jeden Wertages. Abonnementpreis mit Austr. Beilage „Volk u. Zeit“ frei Haus pro Woche — Montag bis Sonnabend — 45 Reichspf. Einzelverkaufspr. 10 Reichspf.

Redaktion: Johannisstraße 40
Fernruf { 905 nur Redaktion
 { 926 nur Geschäftsstelle

Anzeigenpreis für die achteckige Zeile ober deren Raum 26 Reichspfennige, auswärtige 30 Reichspfennige. Beilagen-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Reichspfennige. Reklamen 60 Reichspf.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 40
Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle
 { 905 nur Redaktion

Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 145

Freitag, 25. Juni 1926

33. Jahrgang

An die 14 1/2 Millionen!

Von Paul Löbe

„Jeder anständige Mensch bleibt der Abstimmung am 20. Juni fern!“ — mit dieser anmaßenden Wendung schloß Graf Westarp den Aufruf der Deutschnationalen Volkspartei zum Volksentscheid. Die 14 1/2 Millionen Deutsche, denen der konservative Graf diese Beleidigung entgegenzuschleudern, werden sie nicht vergessen dürfen. Andere glauben, dem deutschen Namen in der Welt einen Dienst zu erweisen, wenn sie die 14 1/2 Millionen Staatsbürger auf Plakaten und Flugblättern als Räuber und Diebe beitelten. Auch das soll unvergessen bleiben! Und nach der Wahl verlusten sie, die Wucht der erreichten Zahl durch die Entstellung abzuschwächen: „25 Millionen gegen die Fürstenentscheidung“. Ebenso richtig hätten sie nach der Wahl Hindenburgs, die mit 14,3 Millionen erfolgte, schreiben können: „25 Millionen gegen Hindenburg“. Wenn man nämlich alle Schlafmützen und sonst Verhinderten mitzählt, die sich bei dieser wie bei allen anderen Wahlen der Beteiligung entzogen haben. . . .

Denn das ist das Kennzeichen des Ergebnisses, daß unser Gesetz gefallen ist gegen zwei Wählergruppen. Erstens gegen diejenigen, welche es bewußt und absichtlich zu Fall bringen wollten und deren Zahl wegen der Enthaltungssparole nicht sicher zu ermitteln ist. Sie wäre sehr interessant geworden, wenn alle, die für die Fürstenforderung eintreten mit Ja hätten stimmen müssen. Man weiß, warum man dieser Feststellung aus dem Wege ging. Zweitens ist das Gesetz gefallen gegen diejenigen, welche sich auch diesmal der Wahlbeteiligung überhaupt entzogen, und das ist ein schwerer Bloß, der im Durchschnitt der letzten deutschen Wahlen etwa 8 Millionen Wahlberechtigte umfaßt. Gegen diese beiden Gruppen hat die Kraft unserer Anhänger nicht ausgereicht, und der anspöcherische, fleißige Arbeit blieb der direkte Erfolg versagt. Denn es kam dazu noch die erhebliche, aber mit den anderen beiden Gruppen nicht vergleichbare Zahl der durch länderlichen Terror zurückgehaltenen Wähler.

14 1/2 Millionen sind unter diesen Umständen eine stattliche Zahl, die noch niemals bei einer deutschen Wahl für eine Partei oder einen Mann oder eine Sache erreicht werden konnte. Trotzdem ist das Ziel, das wir uns gesetzt hatten, nicht erreicht. Die Entzignung wird, wie wir sie gefordert haben, nicht Gesetz. Doch der Kampf ist nicht umsonst geführt worden und ist auch nicht zu Ende. Das Gewicht der Millionen verleiht sich Geltung entweder bei dem jetzt kommenden Kompromißgesetz, oder bei der nächsten Wahl, die vielleicht gar nicht so fern liegt.

Schämen die Fürstendiener auch jetzt noch das ungerichte Gut deutscher und ausländischer ehemaliger Fürstenthümer gegen die Eigentumsrechte von Volk und Staat, kommt kein befriedigendes Abfindungsgesetz zustande, dann hat ein neuer Reichstag oder ein neuer Volksentscheid das Wort.

Den ersteren kündigte Reichskanzler Marx, den zweiten die Zentrumsfraktion in einer offiziellen Kundgebung an; auch andere können ihn nach Jahresfrist einleiten. Inzwischen wird nämlich auch den heute noch fehlenden Zentrumswählern, aber auch vielen Rechtsstehenden die neue Halsbarrigkeit der Unerfättlichen zu viel geworden sein. Auch sie werden sich erinnern, daß der Entzignung der Habsburger in Oesterreich nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch alle Großdeutschen, das ist drüben die deutschnationale Partei, und alle Christlich-Sozialen, das ist drüben das Zentrum, mit einer einzigen Ausnahme zugestimmt haben. Trotzdem erfolgte dort keine Vernichtung von Recht und Moral, die christlichen Grundsätze wurden nicht zu Fall gebracht und auch der Bolschewismus hat seinen Einzug nicht gehalten.

Eins also ist schon heute sicher, was deutsche Gerichte auf Grund mittelalterlicher Rechtsgrundsätze den Fürsten zuschlagen wollten, erhalten sie nicht. Noch mehr zu begrüßen ist die indirekte Wirkung des Feldzugs auf die Frage Republik oder Monarchie. Kein Zweifel: dieser wenig königliche Kampf um den Mammon hat dem monarchistischen Gedanken mehr geschadet als alle staatsrechtlichen Auseinandersetzungen. Wenn nur ein einziger von den Fürsten, um die es sich heute handelt, gekommen wäre und gesagt hätte: „Ich bin jetzt 50 Jahre alt oder 65, geht mir bis zu meinem Lebensende eine Rente in der und der Höhe, alles andere falle den Opfern des Krieges, den Blinden, den Krüppeln, den Waisen anheim“, dann hätte der monarchistische Gedanke vielleicht eine letzte moralische Eroberung machen können. Aber selbst der Eins blieb aus. Alle heute noch in der Auseinandersetzung Befindlichen strecken die Hände nach dem fruchtigen Staatsgut aus. Alle ließen zum Radl wegen ihres irdischen Besitzes. Und das hat, wie die Zahlen zeigen, der republikanischen Front gewaltigen Gewinn bis ins Lager der Rechtsparteien hinein gebracht. Vier Millionen Wähler der Mitte und der Rechten stimmten mit uns.

Allen denen, die sich in den Wochen des Mai und Juni mit ihrer ganzen Kraft in die Bewegung gestellt, oft von früh bis abends jede Stunde Freiheit gepuffert haben, gebührt der Dank für ihre Mühe, aber sie können auch versichert sein, daß trotz des formell-negativen Ausgangs der Abstimmung wenigstens ein politisches Ziel erreicht ist: Niemals mehr wird das deutsche Volk sich in seiner Staatsbürgerfreiheit tiefer als die republikanischen Schweizer, Amerikaner, Franzosen, Tschechen und alle die anderen Völker stellen lassen, denn das Prestige der Monarchie wurde zertrümmert in diesem Kampfe um schändlichen Mammon. Der Kampf um das Geld der Monarchen hat sie zwar nicht das Geld, wohl aber das letzte Ansehen gekostet. Das haben sehr viele auch von den Gegnern gefühlt. Das ist der erste Erfolg der 14 1/2 Millionen!

Aus russischen Geheimarchiven

Dokumente zur Charakteristik der imperialistischen Diplomatie

Wie Italien und Griechenland betrogen wurden

Die russischen Geheimarchive bilden nicht nur eine fast erschöpfliche Quelle für die Geschichtsforschung, sondern sie bieten auch den Nachhabern der Sowjetrepublik die Handhabe für wirksame diplomatische Schachzüge. Einen solchen Schachzug hat jetzt Tschitschewin unternommen, indem er bisher geheimgehaltene Dokumente hat veröffentlichten lassen, die geeignet sind, in Italien starke Mißstimmung gegen England hervorzurufen. In der Zeit der italienischen Neutralität zu Beginn des Weltkrieges hatte die Entente den Italienern alles Mögliche versprochen für den Fall, daß sie Oesterreich den Krieg erklärten. Nicht nur Trient und Triest, sondern auch Triume und die östliche Adria-Küste sollten Italien als Gegenleistung für seine militärische Hilfe zugesprochen werden. Das war längst bekannt. Neu aber ist, daß Italien die Zusicherung erhielt, auch festen Fuß in Kleinasien fassen zu können, und insbesondere das Gebiet um Smyrna und zahlreiche Inseln im Ägäischen Meer zu erhalten. Nachträglich machte sich sowohl bei Rußland wie vor allem bei England ein starker Widerstand gegen diese Versprechungen bemerkbar. Besonders als es für die Entente galt, Griechenland auf ihre Seite zu ziehen, kamen die Engländer, Russen und auch Franzosen darin überein, den Griechen die gleichen Gebiete in Kleinasien zu versprechen, die sie bereits den Italienern zugesichert hatten. Das wird nun durch die neuen

russischen Veröffentlichungen schonungslos enthüllt, wobei die Dokumente ergeben, wie verächtlich die russischen, französischen und englischen Diplomaten während des Krieges über die italienische Habgier und über den geringen Wert der militärischen Hilfe Italiens untereinander sprachen.

Diese Veröffentlichungen haben natürlich in Italien das größte Aufsehen erregt und die faschistischen Blätter schäumen vor Wut, namentlich gegen Lloyd George und England überhaupt. Inzwischen hat auch die griechische Regierung ihrerseits Veröffentlichungen vorgenommen, die den Inhalt der russischen Enthüllungen vollständig bestätigen. Offenbar hat der griechische Diktator Pangalos ein Interesse daran, anknüpfend an das Vorgehen des Moskauer Auswärtigen Amtes seine Vorgänger zu belasten, die sich durch die englischen Versprechungen zu dem Smyrna-Abenteurer verleiten ließen, das bekanntlich im Jahre 1922 mit einer Katastrophe für Griechenland geendet hat.

Durch diese Veröffentlichungen hat Tschitschewin sein Ziel erreicht: Er hat im psychologischen Augenblick, nämlich kurz nach dem Abschluß des englisch-türkischen Mosulfriedens, den die Italiener nicht gerne greifen haben, und am Vorabend der Auseinandersetzung über die Neuregelung der Verhältnisse in Marokko, die faschistische Regierung Italiens gegen England und Frankreich tüchtig aufgewippt. Die russischen Veröffentlichungen bilden ein neues Glied in der Kette der diplomatischen Schachzüge, die Sowjetrußland namentlich gegen England unangenehm unternimmt.

England und Rußland

(Von unserem Londoner Korrespondenten.)

Die Beziehungen zwischen Moskau und London sind seit dem Sturz der Regierung Kerenski durch die Sowjets mehr oder minder gespannt. Selbst die Vera Macdonald hat in einer ausgesprochenen Verstimmlung der beiden Regierungen geendet. Mit einer gewissen Regelmäßigkeit spielt sich, seitdem die Zeit bewaffneter Expedition vorüber ist, die Situation von Zeit zu Zeit bis zu jenem Punkte zu, in dem mehr oder minder heftige Noten gewechselt werden, der völlige Abbruch der bestehenden, außerordentlich losen diplomatischen Beziehungen gefordert oder angedroht wird von den Diehards (Extrem-Konservativen), unter publizistischer Führung der „Daily Mail“, die Ausweisung sämtlicher, nicht nur diplomatischer, sondern auch der wirtschaftlichen Vertretungen verlangt wird.

Der Anlaß, der zu der jüngsten Krise geführt hat, war folgender: Rußland hatte während des Generalstreiks die Heberweisung einer größeren Geldsumme an den Generalrat der britischen Gewerkschaften versucht, und es hat nunmehr im Laufe der vorletzten Woche Summen in der Gesamthöhe von rund 10 Millionen Mark zur Unterstützung der notleidenden Bergarbeiter und ihrer Familien überwiesen. „Rußland“, d. h. die russischen Gewerkschaften und verschiedene andere, auf dem Boden der Sowjetunion befindliche Arbeiterorganisationen, wie die Ukrainischen Genossenschaften und „Centrosynus und die landwirtschaftlichen Genossenschaften“. Die erste Sendung wurde vom Generalrat während des Generalstreiks aus innerpolitischen Gründen abgelehnt, die übrigen Geldsendungen aber vom Bergarbeiterverband angenommen und zur Linderung der Not unter den Bergarbeitern verwendet. Diese Geldsendungen haben naturgemäß die Regierung und die bürgerliche öffentliche Meinung alarmiert. Aus ihrem nationalen Stolz heraus ist die britische Bourgeoisie schon in sich empfindlicher gegen ausländische Geldsendungen zur Unterstützung britischer Staatsbürger als irgend eine andere europäische Bourgeoisie. Sie sieht, von einer Sensationspresse vom Schlage der „Daily Mail“ täglich und stündlich aufgepeitscht, in jedem Rubel Moskauer Herkunft die Saat der Rebellion und der Revolution sprießen. Die Situation war nicht unbedenklich: Dem rechtsforservativen Flügel der Partei, den Diehards, denen seit dem Abbruch des Generalstreiks der Kamm nicht wenig geschwollen ist, schien diese Gelegenheit nicht unangünstig, um mit Moskau Schluß zu machen.

Und die Diehards haben ihre Vertikaneusleutic und Anhänger auch im Schoße der durchaus uneinheitlich zusammengesetzten Regierung. Die Geldsendungen aus Rußland gaben das Signal zu einem neuen Vorstoß. Die Situation war kritischer, als es nach außen den Anschein haben mochte, und Gerüchte wollten bereits vom bevorstehenden Abbruch der diplomatischen Beziehungen wissen. Die konservativen Hühnerköpfe haben jedoch erfreuerlicherweise die Schachschere verloren. Die Regierung hat zwar eine Note nach Moskau geschickt, in der sie gegen den Versuch einer Unterstützung des „illegalen Generalstreiks“ durch Rußland protestiert, aber die Note läßt das alte Feuer, welches das Foreign Office bei solchen Gelegenheiten Moskau gegenüber zu schüren pflegte, vermissen und beschränkte ihren Protest lediglich auf den Generalstreik. Die Regierung hat im übrigen, nach einem zweitägigen inneren Ringen, die Hebertragung des Proiektes und die Ausdehnung der Sperrmaßnahmen auf die Unterstützungsgelder für die Bergarbeiter angelehnt. Der Innenminister Sir W. Jowison-Hicks erklärte, so schwer es ihm bei seiner notorisch faschistischen Einstellung gefallen sein mag, daß die Regierung nicht plane, die sogenannten humanitären Zuwendungen zu einer in einer industriellen Auseinandersetzung begriffenen Arbeiterschaft zu verbieten. „Gleichzeitig“, fügte er hinzu, „ist es meine Pflicht, festzustellen, daß die Regierung seiner Majestät die ferneren Schritte der Sowjetregierung und der ihr angeschlossenen Organisationen ständig und sorgfältig beobachten wird; sollte sie zu irgendeinem Zeitpunkt die Heberzeugung gewonnen haben, daß die britischen Interessen eine Veränderung der Politik gegenüber Rußland nötig machen, so wird sie mit der Ergreifung der nötigen Schritte nicht zögern.“

Das ist ein schwacher Trost für die Anhänger des Abbruchs. Die Haltung der Regierung zeigt im Gegenteil, daß mit der jüngsten inneren Auseinandersetzung die Würfel für eine realistischere als die bisherige Politik gegenüber Moskau gefallen sind, denn niemals war außerlich die Gelegenheit, mit Moskau zu brechen, günstiger; niemals war eine größere Chance vorhanden, die bürgerliche Öffentlichkeit in England von der Notwendigkeit dieses Schrittes zu überzeugen. Wenn er jetzt nicht getan würde, so kann man mit einer gewissen Sicherheit sagen, daß er nunmehr für die Zukunft völlig unwahrscheinlich geworden ist.

„Frieden und Freundschaft“ zwischen London und Moskau ist allerdings damit nicht geschehen, so etwas wie ein latenter Krisenzustand muß und wird andauern, solange London und das britische Empire bezw. die Mos-

Das Fürstentkompromiß

Wird's was oder wird es nichts?

Ein kleiner Erfolg im Rechtsausschuß

Der Rechtsausschuß des Reichstags legte am Donnerstag die Beratung des Fürstenaufbindungsgesetzes bei § 8 der Regierungsvorlage fort. Mit 16 gegen 9 Stimmen bei Stimmenthaltung der Kommunisten wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, wodurch § 8 folgende einfache Fassung erhielt: „Zivilisten, Kronrentenbesitzer, Kronrentenbesitzer und ähnliche Renten fallen entschädigungslos fort.“

Vor der Abstimmung fand eine längere Aussprache über den sozialdemokratischen Antrag statt. Abg. Landsberg (Soz.) wies in der Begründung darauf hin, daß diese Renten eine Repräsentationszulage gewesen seien, die mit der staatsrechtlichen Stellung der Fürsten zusammenhing. Sie müßten in der Republik in Fortfall kommen. Allein bei den Hohenzollern handle es sich um einen Wert von etwa 8 Millionen Mark, den es dem Volke zu sichern gilt. Gegen den sozialdemokratischen Antrag stimmten Wöllische, Deutschnationale, Bayerische Volkspartei und Wirtschaftliche Vereinigung. Die Kommunisten enthielten sich der Stimme, obwohl der sozialdemokratische Antrag völlig übereinstimmte mit dem Gesetzentwurf des Volksentscheids und die entschädigungslose Enteignung vorseht.

Die §§ 9 bis 11 der Vorlage behandeln die Streitmasse, die, wie Schlösser Theater, Museen, Bibliotheken, Parkanlagen usw., aus Gründen der Kultur oder Volksgesundheit hinweg ohne Entschädigung dem Lande zufällt. Abg. Everling (Dtn.) beantragte Streichung dieser Paragraphen, weil er in ihnen eine entschädigungslose Enteignung erblickt, wodurch alles der allgemeinen Begehrlichkeit preisgegeben werde.

Er trat für eine angemessene Entschädigung ein. — Abg. Rosenfeld (Soz.) wies darauf hin, daß es sich hier lediglich um Enteignung zum Wohle der Allgemeinheit handle, wobei nicht von Begehrlichkeit beim Volk, sondern nur bei den Fürsten die Rede sein könne. Er empfahl die Ausdehnung der entschädigungslosen Übernahme bei weiteren Gegenständen.

Die von den Deutschnationalen beantragte Streichung wurde abgelehnt, ebenso der sozialdemokratische Antrag, bei Stimmenthaltung der Kommunisten. Der § 9 der Regierungsvorlage wurde dann mit den Stimmen der Regierungsparteien gegen die Kommunisten bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten und Deutschnationalen.

Der Reichstag will das Gesetz in acht Tagen verabschieden

Am Donnerstag nachmittag wurden die Verhandlungen über das Fürstenaufbindungsgesetz zwischen den Regierungsparteien und der Sozialdemokratie fortgesetzt. Man befaßte sich vor allem mit der von der sozialdemokratischen Fraktion beantragten Rückwirkung auf bereits ergangene Urteile und mit der Befreiung des Sondergerichts durch vier Richter und vier Laien. Die sozialdemokratischen Vertreter benutzten die Gelegenheit, diese Forderungen eingehend zu begründen, während die Regierungsparteien die Gründe für die nach ihrer Meinung

notwendige Aufrechterhaltung der entsprechenden Paragraphen des Entwurfs äußerten. Da alle beteiligten Parteien kurz nach der Beendigung der Plenarverhandlungen Fraktionsitzungen angesetzt haben, wurden die Besprechungen nach einer Dauer von einer guten halben Stunde ohne Ergebnis auf Freitag vertagt.

Die Regierungsparteien hoffen, die Beratungen des Rechtsausschusses bis Montag zu Ende führen zu können, jedoch am Dienstag im Plenum mit der Besprechung des Fürstenaufbindungsgesetzes begonnen und der Reichstag am 3. Juli in die Herbstferien gehen kann. In welchem Maße diese Hoffnungen in Erfüllung gehen, hängt im wesentlichen von den Tagestaktiken der Fürstenaufbindungsfrage an die Sozialdemokratie ab. In der Donnerstagssitzung des Rechtsausschusses hat der Abg. Rosenfeld bereits erklärt, daß sich die sozialdemokratische Fraktion durch die Annahme ihrer Forderung auf entschädigungslos, Loses Fortfall der Kronrenten noch nicht für befriedigt erklären kann.

Da am Donnerstag ein befriedigendes Ergebnis noch nicht vorlag und die Verhandlungen zwischen den Fraktionen am Freitag fortgesetzt werden, nahm die sozialdemokratische Fraktion in ihrer gestrigen Sitzung nur einen Bericht über die bisherigen Erörterungen entgegen. Eine endgültige Entscheidung über ihre Stellungnahme zu dem Aufbindungsgesetz ist erst nach Beendigung der Verhandlungen mit den Regierungsparteien zu erwarten.

Aber niemand glaubt daran

Berlin, 25. Juni. (Radio.)

Die sozialdemokratischen Vertreter im Rechtsausschuß des Reichstags werden in der heute beginnenden zweiten Lesung des Fürstenaufbindungsgesetzes die bisher abgelehnten Verbesserungsanträge stellen. Am Nachmittag sollen sich dann die Fraktionen wieder mit der Fürstenaufbindungsfrage befassen, nachdem vorher die Verhandlungen zwischen den Fraktionen stattgefunden haben.

Die bürgerliche Presse betrachtet die Entwicklung heute wieder pessimistischer als gestern. So schreibt die „Tägl. Rundschau“, das Organ Stresemanns:

„Die Sozialdemokraten verlangen, daß es gestattet sein soll, einen abgeschlossenen Vergleich auch schon durch einseitigen Antrag der Länder anzusehen. Durch diese Forderung werden die Verhandlungen sehr stark kompliziert. Während die Haltung der Demokraten und des Zentrums unschlüssig ist, gilt es als ausgeschlossen, daß die Vertreter der Deutschen Volkspartei, die im Ausschuss auch gestern schon gegen den Antrag auf entschädigungslose Ablösung der Zivilisten- und Kronrenten gestimmt haben, dem zustimmen. Unter diesen Umständen erscheint eine Verabschiedung mit den Sozialdemokraten ausgeschlossen, wenn die sozialdemokratischen Forderungen aufrecht erhalten werden. Die Lage hat also an ihrer Bedenklichkeit nichts geändert.“

Die „Germania“, das führende Zentrumsblatt, droht heute wieder für den Fall, daß die Verhandlungen scheitern, mit Reichstagsauflösung.

Wir sind sehr einverstanden damit; nur leider haben wir kein rechtes Vertrauen, daß Marx diese Drohung wahr macht.

Die heilige Einigkeit in Belgien

Der Mißerfolg des Frankensanierungskabinetts.

Brüssel, 24. Juni. (Eig. Bericht.)

Der Pfad der neuen belgischen Regierung ist nicht mit Rosen bedeckt. Drei Wochen sind seit der Bildung des Kabinetts Spaar, in dem die großen Finanzkapazitäten Francqui und Solaart das große Wort führen, ins Land gegangen, aber mit dem Frankens steht es heute nicht besser als in den schlimmsten Tagen der von der Bourgeoisie in Grund und Boden verdamnten sozialistisch-demokratischen Regierung Poulet. Die Rettung, die Francqui bringen sollte, läßt sich immer auf sich warten und immer mehr Leute beginnen skeptisch zu werden.

Die Beteiligung der Sozialisten an der neuen Regierung hat in Arbeiterkreisen manche scharfe Kritik ausgelöst. Aber das eine Gute hat diese Beteiligung doch sicher, daß die Bourgeoisie die Schuld an dem weiteren Ruin der Nation nicht mehr den Sozialisten oder dem Parlament zuschieben kann. Willkürlicher hat sich wohl noch nie eine Arbeiterpartei oder ein Parlament gegenüber den Forderungen der angeblichen Wähler vertreten. Alle Finanzpläne, Sparmaßnahmen, einschließlich 1500 Millionen neuer Steuern und dem Verzicht auf wertvolle Sozialreformen haben Parlament und sozialistische Partei der Regierung im Nu zugestanden, nur um Francqui zu ermöglichen, endlich doch seine Kunst zu zeigen. Bisher ohne jeden wirklichen Erfolg. Er hat in London die Erneuerung kurzfristiger Kredite erlangt, aber der Kurs des Frankens ist deshalb nicht gestiegen.

Jetzt aber droht ernsthafter Konflikt. Francqui will als letzten Trumpf die Eisenbahnen auspielen. Die Staatsbahnen sollen unter Autonomie-Regie gestellt und wie man sagt, industrialisiert werden, damit sie erhebliche Gewinne abwerfen und der Finanzierung dienlich werden. Aber dabei hat Francqui Pläne, die sich mit den Auffassungen der mächtigen Organisation der Eisenbahnarbeiter nicht vertragen. Diese sehen nicht ein, weshalb sie die Kosten der Sanierung tragen sollen, weshalb man Tausende von Eisenbahnern abbauen und die bisherige Staatsverwaltung, die den Arbeitern immerhin gewisse Garantien menschlicher Behandlung und Einstufung auf den Betrieb, namentlich unter einem sozialistischen Minister, boten, nunmehr in eine nach rücksichtslos kapitalistischen Methoden arbeitende Unternehmung umwandern soll. Aber auf die Wünsche der Eisenbahner müssen wenigstens die sozialistischen Minister um so mehr Rücksicht nehmen, als sie durchaus berechtigt erscheinen.

Dieser Konflikt kann der Regierung gefährlich werden. In keinem Falle werden sich die Eisenbahner überumpeln lassen, wie das die beliebte Methode Francquis zu sein scheint. Außer dem finden die Sozialisten es merkwürdig, daß Francqui, der gegenüber den Eisenbahnern sozial energisches Auftreten verspricht, anlässlich des fortgesetzten Frankenspaniens, den er doch als hauptsächlichste Ursache des Ruins der Nation erkannt und bezeichnet hat, eine so weitgehende Geduld und Rücksicht an den Tag legt.

Die Entwicklung in Belgien, deren entscheidende Momente mit den innerpolitischen Krisenpunkten in Deutschland zusammenhängen, und daher nicht genügend beachtet wurden, ist äußerst interessant. Bis vor einigen Wochen herrschte dort bekanntlich eine Linksregierung unter der Führung des Gen. Van der Velde. Sie wurde nicht durch das Parlament, sondern einzig und allein durch die Großenbanken geführt, die damit drohten, den Staat mit ihrer Finanzmacht zu ruinieren. Daraufhin wurde eine Regierung aus allen Parteien gebildet, die einzig und allein der Frankensanierung dienen sollte.

Man sieht, was dabei herauströmte. Der Frank fällt weiter, aber gegen die Arbeiter geht's lustig vorwärts. Wieder einmal eine interessante Bekehr!

fauer Regierung und die Dritte Internationale identisch sind. Nicht so sehr aus innerpolitischen Gründen! Die bolschewistische Propaganda in England selbst ist aller menschlichen Voraussicht nach ewig zur Unwirksamkeit verurteilt. Aber draußen, im fernsten Osten, in Indien und Afrika wirkt sie sich, indem sie den Nationalismus der erwachenden Völker aufstößt, automatisch im antibritischen Sinne aus. Aus dem Geseh heraus, „aus dem sie angetreten“, bildet die Dritte Internationale eine Bedrohung des britischen Empire. Darum ist es für London schwerer als für irgendeine andere europäische Macht, diplomatisch korrekte Beziehungen zu Moskau herzustellen. Das Problem, vor das sich die englische Staatskunst gestellt sieht, besteht lediglich darin, sich darüber zu entscheiden, ob der gegenwärtige Zustand der halben Anerkennung und halben Feindseligkeit oder eine formelle Herstellung normaler diplomatischer Beziehungen dem Interesse Londons besser dienlich ist. Die Stimmen derjenigen mehren sich — auch im konservativen Lager —, die für die Herstellung korrekter diplomatischer Beziehungen eintreten und dabei darauf hinweisen, daß von freundschaftlichen Beziehungen zu Moskau noch eher eine Abschwächung der maßlosen Propagandafähigkeit Moskaus zu erwarten sei, als vom jetzigen Zustand, der der Dritten Internationale keine irgendwie geartete materielle oder moralische Beschränkungen gegenüber London auferlegt. Gar nicht zu sprechen von der Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen London und Moskau, die sich unter den jetzigen Verhältnissen in der für London denkbar ungünstigsten Weise gestaltet haben, und Ländern, wie Frankreich und Deutschland, die diplomatisch mit Moskau besser stehen, auf dem russischen Markt eine Vorzugsstellung sichern, die weniger für den Augenblick als für die Zukunft von größter Bedeutung sein dürfte. Auch hierin wird man ein Moment erblicken können, das die maßvolleren konservativen Kreise zu einem mehr als bisher entgegenkommenden diplomatischen Verhalten veranlassen dürfte.

Der Reichstag zur Wohnungswirtschaft

Am Donnerstag hielt der Reichstag nur eine kurze Plenarsitzung ab, da die Abende des Donnerstags den Fraktionsitzungen vorbehalten bleiben sollen. — Ein kommunistischer Antrag auf Einstellung des Hochverratsverfahrens gegen die Abgeordneten Hecker, Hörnl, Koenen, Pfeiffer, Kemmele und Stöcker wurde dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen. Mehrere kleine Vorlagen wurden ohne nennenswerte Aussprache erledigt.

Bei der zweiten Beratung eines von der Deutschen Volkspartei eingebrachten Gesetzentwurfes auf Abänderung des Pensionsergänzungsgesetzes beantragte das Zentrum in einem Nachtragsetz 100 Millionen zur Erhöhung der Unterstützung von Kriegsschädigten zu bewilligen. Die Sozialdemokratie verlangte für denselben Zweck 150 Millionen Mark. Die Kommunisten beantragten, nur die Besoldungsgruppen 1—7 zu berücksichtigen. Die Zentrumspartei verlangte außerdem, daß die gesamte Materie noch einmal an den Hauptausschuß zurückverwiesen werde. Dagegen erhob der Deutsche Volksparteiliche Morath Einspruch. Der sozialdemokratische Abg. Steinlopp forderte ebenfalls die Zurückverweisung an den Hauptausschuß. Er führte aus, daß nach dem volksparteilichen Gesetzentwurf die Offiziere des alten Heeres 4—6000 Mark Pensionserhöhung erhalten würden, während für die Kriegsschädigten nichts Ausreichendes geübt werde. Die Rückverweisung an den Hauptausschuß wurde beschloßen. Dabei kam es innerhalb der volksparteilichen Fraktion zu einer Spaltung und zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen dem Abg. Morath und anderen volksparteilichen Abgeordneten. Der ganze volksparteiliche Gesetzentwurf ist rein agitatorisch und soll vor allem den Offizieren der früheren Armee dienen.

Das Haus legte dann die zweite Beratung des Gesetzentwurfes zur

Abänderung des Mietrechtsgesetzes

Abänderung des Mietrechtsgesetzes. Der dem linken Flügel seiner Partei angehört, vermittelte zwischen Hausbesitzern und den Mietern zu vermitteln. Es sei unmöglich, jetzt schon den Mietern aufzuheben, auf der anderen Seite dürfe man auch die Verarmung vieler Hausbesitzer nicht vergehen. Er trat für die Annahme des Gesetzentwurfes ein. Der Deutsche Volksparteiliche Abg. Winnigfeld meinte, wer zwischen Vermieter und Mieter vermitteln wolle, bekomme von beiden Seiten Krügel. Man müsse endlich versuchen, sobald als möglich von der Zwangswirtschaft zur freien Wirtschaft überzugehen. Auch der deutschnationale Abg. Domag trat für eine weitgehende Lockerung der Zwangswirtschaft und für deren baldige Aufhebung ein. Man müsse den Hausbesitzern, die schwere Sorgen hätten, unter allen Umständen entgegenkommen. Eine seiner höchst wichtigen und von Kraftworten kraspender Reden hielt der kommunistische Hüllein. Aber das sah die weniger im Saal anwesenden Abgeordneten eine halbe Stunde lang förmlich an. Er wandte sich sofort gegen die Wiederherstellung der freien Wohnungswirtschaft. Die Weiterberatung des Gesetzentwurfes wurde vertagt.

Bei der Festlegung der Tagesordnung für Freitag verlangte der volksparteiliche Abg. Bell, daß der Regierungsentwurf, der die Verabschiedung eines Volksentscheides zugunsten der Umwertung vorsehe, als erster Punkt auf die Tagesordnung gesetzt werde, damit endlich die Entscheidung falle. Der sozialdemokratische Abgeordnete Keil unterstützte den Antrag. Die Freunde eines Volksentscheides für die Umwertung hätten das entsprechende Recht, doch über das Schicksal ihres Verlangens Klarheit zu gewinnen. Gegen die Regierungsparteien wird behauptet, den Gesetzentwurf über den Volksentscheid am Freitag als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen.

Schächtsleiter für Walter Rathenau

Berlin, 25. Juni. (Radio.)

Das Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ in Berlin veranlaßte gestern am Grabe des ermordeten Innenministers Dr. Rathenau eine Kranzniederlegung. Die Kranzträgerin war eine Arbeiterin, die mit einem roten Reichsbanner gekleidet war. Der Arbeiterverband leitete die Feier mit einem Chorgesang ein. Die Gedächtnisrede wurde von dem demokratischen Reichstagsabgeordneten Hans Gehrke, Kranzniederleger der Kranzträgerin, gehalten. Die Kranzniederlegung wurde durch die Kranzniederlegerin geleitet.

Reichte Besserung im Ruhrrevier

Folge des englischen Rechtspreits

Essen, 24. Juni. (Eig. Draht.)

Über die Auswirkungen des britischen Bergbauvertrages auf die Arbeitsverhältnisse im Ruhrrevier erzählt der Korrespondent des „Soz. Arbeiterblattes“ auf Anfrage bei dem Bombenarbeiterverband, Abteilung Bergbau, daß während einer dreiwöchigen Periode der Lage eingetretener ist als die letzten Wochen. In letzter Zeit ist nämlich berichtet worden, auf einigen Zechen, vor allem bei den durch vorübergehende Angelegenheiten be-

Der Schweriner Mordprozess in zweiter Instanz

Berlin, 25. Juni. (Radio.)

Das Reichsgericht hat die Revisionserörterung im Mordprozess Kanitz und Genossen auf den 12. Juli anberaumt. Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft die Revision gegen die Freisprechung der Angeklagten Oberleutnant von Seiden und Hauptmann Götzel zurückgenommen, jedoch das Urteil soweit rechtskräftig ist. Die Revision erstreckt sich auf den Oberleutnant Benn, den Hauptmann Schirmer, den zum Tode verurteilten Feldwebel Stein, sowie den gleichfalls zum Tode verurteilten Soldaten Hagenkamp.

Englisches Kopfwort

London, 25. Juni. (Radio.)

Der Übergang wurde am Donnerstag ein Gesetzentwurf abgelehnt, der den weiblichen Fraktionen, soweit sie ihren Titel auf Grund ihrer Geburt besitzen, das Recht geben sollte, den mit dem Titel verbundenen Sitz im Oberhaus einzunehmen. Die Regierung hat gegen die Mehrheit des Oberhauses den Antrag unter-

günstigen, wie bei den Thyssen-Jochen, Neueinstellungen erfolgt sind und bereits vorgesehene Kündigungen u. a. bei den Kruppischen Jochen infolge der besseren Abzugsmöglichkeit zurückgezogen wurden. Immerhin stehen diesen Neueinstellungen doch dauernde Beschäftigungsmöglichkeiten in kleineren Gruppen bei einer Reihe von Jochen gegenüber. Neuanmeldungen von Stellungen oder größeren Betriebsveränderungen sind außer den Jochen Margarethe und Hermann nicht mehr erfolgt. Allerdings darf nicht vergehen werden, welche Auswirkungen die Konzernumbildungen, vor allem die Durchführung der Betriebsvereinbarungen der in den Vereinigten Stahlwerken zusammengefaßten Werke hervorrufen werden. Eine nennenswerte Entspannung der Arbeitsmarktlage könnte erst bei noch weiterer Fortdauer des englischen Bergarbeiterstreiks, dann voraussichtlich allerdings stark progressiv in Erscheinung treten.

Bayerische Verwaltungsreform

München, 24. Juni. (Eig. Draht.)

Der seit einigen Tagen angekündigte Gesetzentwurf auf Ermächtigung der bayerischen Regierung zur Durchführung der Vereinfachung der Staatsverwaltung liegt nunmehr dem Landtag vor. Die Regierung soll für die Dauer des jetzigen Landtages ermächtigt werden, im Einvernehmen mit einem vom Landtag gewählten Ausschuss das behördliche Verfahren zu vereinfachen und die Einrichtungen aller staatlichen Behörden durch Zusammenlegung oder Aufhebung zu verbilligen. Die Befreiung der Landwirtschaft von der Wohnungsbauschuld in Höhe von 16 Millionen Mark soll durch Kürzung des Anteils der Gemeinden an der Umsatzsteuer in der gleichen Höhe ausgeglichen werden. Die Begrenzung des Gesetzentwurfes fordert keine wesentlichen neuen Gesichtspunkte zuzuge. Angeht es der Wirtschaftsprüfung und des höchsten Steuerorgans, heißt es, werde es auch für die nächsten Haushaltsjahre kaum möglich sein, den bayerischen Staatshaushalt anzugleichen. Auffallend ist, daß die Begründung kein Wort enthält von dem früher so viel erörterten Abbau der Kreisregierungen und der Zusammenlegung von Ministerien. Es wird lediglich von der Aufhebung, Zusammenlegung und Verschmelzung kleinerer Gerichte, Polizeibehörden und Vermessungsämter und anderer Behörden sowie der Lehraufgaben und einer Verringerung der Zahl der Beamten gesprochen.

Der Fall Lessing

Zwei Dinge allein sind groß geblieben in dem allgemeinen Verfall, der für den tieferen Kenner der Geschichte alle Zustände des europäischen Lebens ergreifen hat, zwei Dinge allein sind frisch geblieben und fortzeugend mitten in der schleichenden Auszehrung der Selbstsucht, welche alle Aebren des europäischen Lebens durchdrungen hat: die Wissenschaft und das Volk, die Wissenschaft und die Arbeiter.

Die Vereinigung beider allein kann den Schoß europäischer Zustände mit neuem Leben beschenken.
Ferdinand Lassalle.

Das Ergebnis, das der Fall des Professors Theodor Lessing eingebracht hat, hat jene in der Reichsverfassung verbrieften Lehr- und Meinungsfreiheit auf ihren sozialbedingten Wert zurückgeführt und noch so mancherlei anderes zur Soziallogie der deutschen Republik beigetragen. Was an Tatsächlichem herausgekommen ist — darüber täuschen keinerlei Triumphartikel des Berliner Tageblattes und der Voss hinweg —, läßt sich gewiß nicht als einen Sieg weder der Studentenschaft noch Lessings wiedergeben. „Gesiegt“ haben nicht die Studenten — denn die wollten Lessing außer Landes jagen und sich von Amts wegen den Dank der Nation abstatuen lassen. „Gesiegt“ hat auch nicht Professor Lessing — denn das, wogegen er den Strauß auszuweichen sich entschloß, tritt ein: er wird als Lehrer mundtot gemacht. Und wo sich zwei stritten, hat der Dritte das Feld behauptet: „Gesiegt“ hat der Staat; und in diesem Sinne mag die Voss nicht ganz ohne Fug vom „Sieg der Staatsautorität“ jubeln. Der Staat, darunter das politische und soziale Herrschaftsinstrument der deutschen Bourgeoisie zu verstehen sei. In formaler Hinsicht drückt sich dieser Erfolg dieses Staates in dem Festhalten an den Disziplinarverfahren gegen die schuldigen Studenten aus: die Autorität muß gewahrt bleiben. Inhaltlich erlebte der Staat seine Klassenfunktion einmal in der Art und Weise, wie er für jene „Disziplin“ sorgen wird: man wird den hannoveraner Studenten wahrlich nicht den Kopf abreißen, und des anderen in dem, was er so über die Grenzen der Lehrfreiheit versteht. Darüber weiter unten.

Was in Deutschland die Hochschulen, um Student zu sein, nicht, um zu studieren, bevölkert, ist in seiner politischen Mentalität allbekannt. Die deutsche Studentenschaft ist der Hort der Reaktion in ihrer schicksalhaften Prägung. Fast ein jeder der Heiden, die an der „Erlebung“ unheimlicher Zeiten aus dem Lager der Finen teil hatten, trug die Matrikel oder Gymatrikel einer deutschen Universität in der Tasche. In einer Zeit, wo die Kleinbürgerlichen Schichten — und die stellenweise zweifelsohne das Gros der Studentenschaft — sozial im Abstieg begriffen sind und ihren Ausweg in einer sozial entwurzelten, defizienten Bewegung suchen, ist das kein Zufall, ebenjowenig wie die revolutionäre Rolle der Studentenschaft aller Länder zu einer Zeit, wo das Kleinbürgertum Schulter an Schulter mit dem erst in der Entstehung begriffenen Proletariat stand, zufällig ist. Der ganze Kommers- und Kommengeist der alten Burschenschaften ist der bequemste Rahmen für den studentischen Faschismus. Es genügt also, wenn man Jode und Pazifist wie Lessing ist, daß der Mann, sobald er den Studenten auch nur die geringste Möglichkeit gab, Angriffspunkt zu sein, mit allen Mitteln bekämpft wurde.

Diese Möglichkeit war in der außerberuflichen Tätigkeit Lessings gegeben. Die Kategorie der Professoren, der Lessing angehört, wird vom Staate so besetzt, daß sie, sofern sie nicht etwas von ihren Vätern ererbt haben, auf die Verletzung außerhalb der Universität direkt angewiesen sind. Lessing hat über sein Spezialgebiet der Philosophie und Psychologie einige Bücher geschrieben. Die werden bekanntermaßen von Studenten nicht gelesen. Weiterhin schrieb er für Zeitungen, und da sei gleich beachtet: die publizistische Tätigkeit Lessings verhielt sich in sozialistischen Blättern. Zwei Geschehnisse nun hatten es den hannoveraner Studenten angetan, dort wo Lessing ein wenig politisch werden mußte. Beim Haarman-Prozess hatte Lessing der hannoveraner Polizei einige Deutlichkeiten auf den Kopf jugselgt, die dazu führten, daß das Gericht ihn während der Verhandlung als Berichterstatter des „V. Z. am Mittag“ hinauswarf. In einem Buch über den Haarman-Prozess hat Lessing weiterhin öffentliches Verognis erregt. Was aber den studentischen Zorn vollends in Wallung brachte, war ein Artikel, den Lessing kurz vor der Reichspräsidentenwahl im vergangenen Jahre im Prager Tageblatt veröffentlichte. Der Artikel erscheint uns mehr als harmlos und selbst die linksdemokratische Presse Deutschlands hat während jener Wahlbewegung ziemlich ganz andere Töne angeschlagen. Ueber Hindenburg ließ Lessing manch hartes

einem deutschen Studenten unbehagliches Wort fallen. Aber das wird gemißlich durch jene Verbeugung ausgeglichen, die Lessing vor Hindenburg in dem gleichen Artikel wie folgt machte:

„Wenn man das gute väterliche Wohlwollen des alten Hindenburg blickt, so fällt zunächst auf die furchtbare Schwere dieses Unfalls. Herrlich haben gebraucht von solchen Menschen, die nicht loskommen können von der Begrenzung ihres Selbst, die Korre: Sie sind eingesperrt im Falle des Jäh“. Soich ein Eingesperrter, die schwere Masse der Erde gewiß nichts ferner liegt als alles Leichtes, Spielen und Tänzern, solch ein Ernter und Wedigener ist der alte Hindenburg. Ich kenne dieses Wohlwollen und kenne sein Leben seit früher Jugend. Ich habe es oft mit Vögeln, oft mit Chefurach, immer mit Rührung betrachtet.“

Ist es ein Wunder, wenn anlässlich des hannoveraner Studentenstandes kein geringerer als das Organ des Hauptleiters von Hindenburg, der Deutschenpiegel Herrn v. Roebells am 14. Mai 1926 diesem Artikel attestiert, er sei „mit einer über jede Parteipolitik erhabenen psychologischen Sachlichkeit geschrieben“. Für uns gilt jedenfalls das eine: so schreibt kein Sozialist, der sich irgendwie politisch mit der Person des Reichspräsidentenkandidaten abzugeben hatte.

Und damit sind wir bei der Kardinalfrage des ganzen „Problems“ Lessing angelangt. Theodor Lessing ist ein Mann von unbestreitbaren Qualitäten. Seine Psychologie und Philosophie verraten einen scharfen Beobachter, einen, der selbständig zu denken imstande ist: mit Sozialismus jedoch hat die ganze Wissenschaft nichts zu schaffen. Ein solcher Mensch nun, der sich für seine behagende Praxis die lebendige Umwelt sucht, der mit keinem an Schopenhauer, nicht an Marx geschulten Denken und Sehen alles, was da freucht und flucht, aus der Lute des überlegenen Deterministen anquast, dem passiert es allerdings nur gar bald, daß er das schreibt, was auch Theodor Lessing nicht lassen konnte: Schmonzes. Hierzu rechnen wir z. B. seine Experimente der Liebe“ aus dem Frankfurter Generalanzeiger. Lessing „bekannt“ sich zum Sozialismus, ist Pazifist, radikal oft sehr radikal. Fast steht aber, daß er sein politisches Auftreten in der Öffentlichkeit außer halb des Parteiramens vollzieht, daß seine gewiß mutige Anklage öffentlicher Zustände nicht in der organisierten Schule des Proletariats ihre Wurzeln hat, daß ihm die Partei nicht der Kampfesboden für öffentliche Kritik ist.

Ein solcher Mann nun hat gegen die reaktionäre Studentenschaft und Dozentenschaft den Kampf auszufechten. Lessing gibt nicht nach, läßt die Studenten streiken, die Professoren streiken, den Kultusminister sogar einmal mit der Faust auf den Tisch schlagen, und dann kommt der ehrenvolle Friede zustande: Lessing darf nicht mehr dozieren, er kriegt einen Forschungsauftrag. Das ist zwar ein sehr gutes und nützliches Ding, bedeutet hier freilich nur so viel: der Staat hat über die Grenzen der Lehrfreiheit seine eigene Meinung. Und Lessing sagte hierzu ja. Daß man einen so großzügig angelegten Kampf so ausklingen ließ, das hat Lessing mit sich selbst abzutun. Wir machen ihm daraus auch keinen sonderlichen Vorwurf. Denn wir meinen, daß gerade jenes bei ihm fehlende Verbundensein

mit Partei und Klasse den Kampf gegen die Reaktion zwar zu einem sehr tapferen, jedoch nicht sozialistischen um eines sozialistischen Prinzips werden lassen und dem Kampf des Einzelnen um des Einzelnen willen kaum ein anderer Erfolg beschieden sein konnte. So wurde im Friedensschluß nicht um die Wahrung dieses Prinzips der wissenschaftlichen Lehrfreiheit, sondern darum gekämpft, sich auch fürderhin die Wirkungsmöglichkeit als Einzelner zu wahren. Das freilich hat Lessing erreicht.

Wer aber waren denn die, die Lessing in seinem Kampf vor und ganz unterstützten? Ausschließlich die Parteien des Proletariats. Wir sagen ausschließlich, denn was das Demokratengemede zu bedeuten hatte, das lehren die jetzigen Artikel der vor Freude über den großen Staatsstreich aus dem Häuschen geratenden demokratischen Presse, die Namen der Demokraten Lüders und Kernst unter dem großen Friedensprotokoll, und über den demokratischen Kultusminister Beder sei geschwiegen. Die Parteien des Proletariats: weil das Proletariat allein eine Wissenschaft vertritt, die, Todfeind der Bourgeoisie, den Rahmen der bürgerlichen Klassenordnung durchbricht. Das Proletariat allein hat eine Wissenschaft, die aus den Daseinsbedingungen des Proletariats herausgeboren, seine Interessen erfassend, zur Umwälzung der ganzen Gesellschaft wird, „sobald sie die Massen ergreift“. So wurde das Proletariat hier zum Verfechter der Freiheit der Wissenschaft Theodor Lessings, die nicht die seine ist, die hinwiederum auch nicht die Interessen der Bourgeoisie wahrnimmt.

Jener Bourgeoisie, die letzten Endes den „Sieg“ errang. Die Bourgeoisie läßt lehren, soweit die Gelehrsamkeit nicht ihre Interessen berührt. Die Wissenschaft Lessings bedroht nicht diese Interessen; mag Lessing also „forschen“. Aber lehren? Das bringt wie Hannover zeigte, große Unruhe; die Lehrfreiheit schüßen —, ja wenn das Klasseninteresse der Bourgeoisie es verlangt. Das war hier nicht der Fall. Die Wünsche der Studenten befriedigen, — das hieße ein schicksalliches Annehmen zufriedenzustellen. Nun läßt sich der Faschismus zwar sehr oft und sehr gut in den Dienst der Interessen der Bourgeoisie stellen, er bildet jedoch nicht ihren ideologischen Ausdruck. Der aber war hier zu sichern.

Was wir nunmehr zu dem ganzen Reizitat des Falles Lessing zu sagen hätten, haben wir mit den Worten Lassalles an die Spitze dieser Zeilen gestellt. Die Wissenschaft, von der Lassalle spricht, wird gemeinhin an Universitäten nicht gelehrt. Aber sie, die zündende Flamme des proletarischen Kampfes, birgt die Kraft der Idee und den Sieg der Zukunft in sich. Dafür meint auch Professor Lessing zu streiken. Professor Lessing hat vom kommenden Winter ab die Möglichkeit der freien Vorlesung. Sollte davon ein wenig Zeit zum Nachdenken über die Lassalle'schen Worte Verwendung finden und die Einsicht zutage fördern, daß auch Lessing seiner wissenschaftlichen und politischen Betätigung einen sozialen Wert erst dann vollends versteht, wenn sie in den Rahmen der Organisation und Wissenschaft des Proletariats eingegliedert wird, dann mag der Forschungsauftrag für Theodor Lessing doch noch einen beachtlichen Erfolg gezeitigt haben.

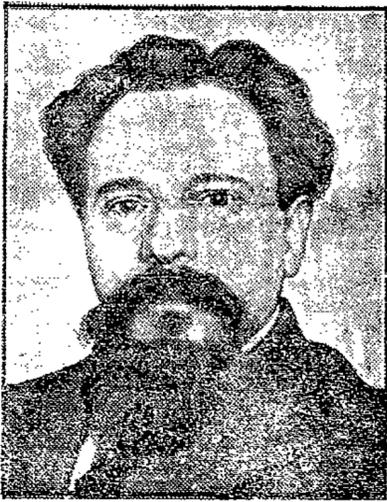
R. L. in der „Leipziger Volkszeitung“.

Der Fluch des Nationalismus

Neue Deutschenverfolgungen in Ost-Oberschlesien

Breslau, 23. Juni (Fig. Drahtber.)

In Ost-Oberschlesien geht die nationalpolnische Politik gegen die deutsche Minderheit jetzt zu neuen Methoden über. Nachdem es der polnischen Bureaufraue nicht gelungen war, durch Protest gegen den Deutschen Volksbund und Verfolgung der deutschen Presse, insbesondere der Arbeiterpresse, die Zuwendung der ost-schlesischen Bevölkerung zu der deutschen Minderheitschule zu unterbinden, sind in den letzten Tagen in einigen staatlichen, halbstaatlichen und Gemeindebetrieben zahlreiche Arbeiter entlassen worden, nur weil sie ihre Kinder zur deutschen Minderheitschule angemeldet haben. Besonders tat sich in dieser Richtung die Starbors-Gesellschaft hervor, deren Aufsichtsrat trotz des gegenteiligen Beschlusses der jetzigen Warschauer Regierung immer noch von Korfany geleitet wird und in dem außer dem polnischen Staat auch französische nationalpolitische Kreise ihren Einfluß ausüben. Da die Entlassungen zweifellos eine Beeinträchtigung der völkerrechtlich gesicherten Minderheitsrechte darstellen, dürfte sich die gemischte Kommission des Völkerbundes unter Vorsitz des Schweizeren Calonder mit der Angelegenheit zu beschäftigen haben. Von irgendeiner Milderung des scharf deutschfeindlichen Kurzes durch das neue Warschauer Kabinett ist nichts mehr zu hören, was mit der neuen Rechtschwenkung der Regierung Bartels zusammenhängen dürfte.



Professor Lessing

Das Silber Schiff

Die Geschichte einer Sehnsucht von Hermann Claudius

10. (Fortsetzung.)

Oder sie waren in der Bahrfelder Schöpfung und fingen Hummeln und Grabwespen. Harm hatte sich einen Insektentafel zurechtgemacht, unten mit einer Korfscheibe mit weißem Papier darüber und oben mit einem Glasdeckel. Etwas schief war er geworden. Der Leim war schlecht gewesen. Aber er hielt. Und die Erdhummeln und Steinhummeln und Moos-hummeln staken darin an langen dünnen Nadeln und waren tot und konnten nicht mehr hummen.

Am Abhang der Schöpfung, wo goldener Bram und rote Weidenröschen und gelbe Löwenmaul leuchteten, waren die Hummeln zwar noch lebendig. Harm wachte sie aber dennoch mit einem Stück Tuch zu fassen. Sie kramten härenmäßig, auch noch, wenn sie in dem Glase, in dem der Wackelkopf mit Spitzeln steckte, auf und ab tanzten. Das dauerte aber nur kurze Zeit. Dann waren sie „hun“ wie Lutten sagte. Lutten griff die dicken Mutterhummeln mit den bloßen Fingern und ließ sie seelenlos in die Flasche fallen.

Eines Tages war es mit dem Hummelnfangen plötzlich vorbei. Harm hatte die Schublade aufgezogen und noch seinem Insektentafel sehen wollen, den er erst vom letzten Fang her besetzt hatte; da ließ er den Kasten entseht aus der Hand fallen. Daß die Glascheibe auf dem Fußboden zerstückt. Sämtliche Hummeln waren wieder lebendig gewesen und hatten sich hummend um ihre Nadeln gedreht, auf denen sie spickten. Der Leim mußte ja schwach gewesen sein.

Blumen hatte er auch eine Zeitslang gesammelt, zwischen Blühhältern getrocknet und mit schmalen gummierten Streifen auf große weiße Papierbogen gefestigt. Unten oben kam der Name lateinisch, nach dem „Prakt“ bestimmt. Das interessierte den Alten und brachte Vater und Sohn für eine Art wieder einander näher. Der Alte brachte aus dem Bureau die großen Blühhälter und Papierbogen mit. Auch die Klatsch Gummi-Lösung nebst Pinzel. Er mußte immer andere Namen für die „Unkrauter“ als im Buche standen, aber er kannte sie. Als Harm eines Nachmittags über solchen Bogen gebüßt stand und eine Gummi röhre sorgsam aufsteckte, schaute sich die Mutter über ihn und sagte nur eben hin, wie in Gedanken: „die armen Blumenwiesen! Es ist Totengeruch um sie!“

Da träumte Harm die folgende Nacht und mehrere Nächte, er wäre in einer Höhle tief unter der Erde. Er hauierte in einem schmalen Gang. Ein grünliches Licht sprang auf und verlor sich wieder. Der Boden war schlüpfrig und falt unter seinen Füßen. Und kalt und feiß waren die nackten Leichen, die immer von einer Seite her in den Gang geschoben wurden. Jede

hatte eine schwarze Nummer an der Stirn und jede mußte er in das Fach hineinschieben, mit dem Kopfe voran, das dieselbe schwarze Nummer trug. Er suchte und sahob und sahob und hob und suchte, bis ihn der Vater zur Ruhe brachte, neben dem er schlief. Da zitterte der Junge und drängte sich in hinterer fürpersicher Not an den Alten. Heimlich nahm er an einem der nächsten Abende das bisher geschützte Herbarium, vernichtete jeden einzelnen Bogen und steckte ihn in den Kohlenkasten. Der Alte schimpfte auf die Mutter, als er beim Feueranmachen die Pflanzen bemerkte. „Man soll lieber Lebendiges hüten“, sagte sie langsam und sah lange in das aufflackernde Feuer, wie es Bogen um Bogen gierig fraß.

Zwei Freunde hatten Harm auch in dieser Zeit über die Not im Hause hinweg: Siegfried Damm und Adolf Wieden.

Siegfried Damm war den Jahren nach nicht älter als er. Sie saßen in der Klasse nebeneinander. Der alte Herr Meester mit der roten Wange am rechten Auge, nannte sie Doktor und Pastor. Damm war der Doktor, wegen seiner Brille, hinter der die etwas zielenden Augen unruhig hin- und hergingen. Harm war der Pastor, selbst er in der Religionsstunde einmal die ganze Bergpredigt aus dem Matthäus-Evangelium auswendig hergefragt hatte. Beide saßen sich nur in der Schule. Sie gingen in den Pausen Arm in Arm auf dem Schulhof. Und dieses Arm-in-Arm-Gehen war das Geheimnis ihrer Freundschaft. Siegfrieds Mutter las die 10-Fennis-Romane, die jede Woche ins Haus gebracht wurden. Und Siegfried las sie mit. Aber er las sie nicht nur, er behielt von den viermal acht Seiten, die er in abgeteilten Etappen las, jedes Wort. Hinterher war es ihm Bedürfnis, diese viermal acht Seiten auch Wort um Wort wieder von sich zu gehen. Und hier fand er in Harm einen geduldigen Hörer. In solchem Tag sah er ihm gleich in der Reun-Uhr-Pause in den Arm und begann schon auf der Treppe: „Auf dem mit dunklem Sommerstoff ausgehängenen Sofa saßen der Graf und Signora Bianca. Ihr läppiger Pufen wogte unter dem leuchtend-günen Seidengewande auf und ab. Es mußte sie etwas sehr erregt haben. Der Graf sah finster zu Boden. Plötzlich schlugte die Signora laut auf und warf die vollen weißen Arme um seinen Hals: Egon, Geliebter, ich kann es nicht länger verbergen, so höre...“

Manchmal war dann die Pause gerade zu Ende, wenn Damm bei solcher Stelle angekommen war. Und die ganze nächste Stunde sah Harm die vollen weißen Arme um den Hals des Grafen Egon liegen und lauerte gespannt auf die Beside der Signora Bianca. „Waher ist es, wenn du bist in Sündapredigt“, sagte der alte Meester gemächlich, wenn Harm auf seine Frage die Antwort schuldig blieb.

Das war dieselbe Zeit, in der Harm Onkel Toms Hütte las. Damm ließ ihm das dicke Buch und lernte durch sein eifriges Nachfragen dafür, daß Harm, sein tägliches Penium auch hinter sich brachte. Sie setzten auch das Gelesene möglichst allsald in die Tat um. Alte Bauer war ihr Sklave. Er mußte zehnmal um

die dicke Binde laufen, die auf dem Schulhofe stand. Damm suggerierte ihm sein Sklaventum derartig, daß der kleine Affe feißhaftig auf allen Wieren zu ihm kroch und die nasse Ledergeißel in der erhobenen Rechten wirklich laufen hören mochte.

Harm regte solches Treiben niemals an, aber seine lebhaftste Phantasie zog ihn willenlos hinein und ganz aus dem Hintergrund kam eine heimliche Lust ihr willkürlich entgegen. Dann waren Nächte, in denen er seinen Leib wieder ließend preßte. Ueber ihm aber hand hintermach eine höhnische Frage, die ihn am hellen Tage noch verfolgte.

Adolf Wieden war zwei Jahre älter als Harm. Er hatte schon einen Anflug von Schnurrbart über den ernsten Lippen. Seine dunklen Augenbrauen waren über der Nase zusammengewachsen. Adolf stölte solange unter Störners Fenstern bis der jüngere Freund herunterkam und mit ihm ging. Adolf hatte noch längere Beine als Harm. Den Wert einer Begegnung schätzte er nach ihrer Entfernung ab. Je weiter weg, desto schöner war es, und wenn beide im schimmlichen Boderger Dünensand waten. Auf diesen Kilometermärschen sah Harm zum erstenmal wieder die Glashütte in den Riesbargen und das Haus am Eisenbahndamm in Eddelstedt. Er eilte, daß er die letzte Höhe der Hügel zum Ausblick gewinne. „Ach!“ sagte er bloß, als er endlich oben stand und hinunter sah. Er hatte sich alles so groß und weit und leuchtend und voller Heimlichkeiten vor seine Sinne gemalt und nun war jedes so klein und ärmlich und eng. Wie Sträucher erschienen ihm die alten Akazienbäume über dem Sod. Ganz niedergeböhlt tappte er hinter dem langen Adolf wieder nach Haus.

Hatte Harm keine Lust, mit dem Freunde zu gehen, dann ließ er ihn pfeifen, solange der's aushielt, lag aus dem Hinterfenster der Wohnung und blickte in den vieredigen Häuserhof, der in einem dunklen Torbogen nach der Paulinen-Allee ausmündete. Kamellich gegen Abend war es schön. Harm zog seine Jacke aus und legte sie sich unter die aufgestützten Arme, damit das Zementgelinis nicht drückte. Die Dächer waren alt und mit flachen, roten Ziegeln gedeckt, deren einige durch Wind und Wetter fast schwarz, andere hell waren. Das gab die wunderlichen Figuren. Rechts stand ein Haus mit breit überhängendem Dach, das noch älter war. Das eigene Fachwerk zeigte verwitterte Schnitzereien. Harm träumte darauf hin. Bald war es ein Löwenkopf, bald war es ein Drache. Drinnen war eine Tischlerei eingerichtet. Die Kreisäge heulte, als ob es der Drache wäre. Es war alles unheimlich lebendig. Um so lebendiger, je dämmeriger es ward. Das alte Haus beugte sich immer schief. Und der Drache rechte die Zunge immer weiter vor. Wenn Harm sich so in die abendlichen Häuser-Silhouetten hinein sah, trat etwas Unfindlich-Altes in seine Augen, fast, als lehne ein alter Wächter aus seinem Zellenfenster und blicke auf Werden und Vergehen dieser Erden wie auf etwas Fremdes hinab.

(Fortsetzung folgt.)

Billige Herren-Kleidung

19⁷⁵

Herren-Gummi-Mäntel Ia. Körper, garantiert wasserdicht... **19⁷⁵**
Herren-Übergangs-Mäntel aus guten Donagelstoffen... **19⁷⁵**
Herren-Loden-Mäntel haltbarer Strichloden imprägniert... **19⁷⁵**
Herren-Strand-Hosen in weiß u. grau, sowie gestreift Flanell... **19⁷⁵**
Anzüge für junge Herren sehr tragfähig in vielen Farben... **19⁷⁵**

29⁵⁰

Herren-Anzüge gute Verarbeitung, solide gemustert... **29⁵⁰**
Herren-Übergangs-Mäntel flotte Schwedenform, moderne Dessins... **29⁵⁰**
Herren-Gummi-Mäntel Raglan- und Schwedenform, dunkel und hell gemustert... **29⁵⁰**
Herren-Gabardine-Mäntel Ia. gewirkt und imprägniert... **29⁵⁰**
Herren-Wasch-Anzüge steifig, aus pa. mod. farbigem Tussor und Bengalien... **29⁵⁰**

Knaben-Hosen aus gut. Satin mit Leibchen... Größe 1... Jede weitere Größe 25,5 mehr. **2⁷⁵**
Knaben-Sporthosen waschechter Satin, mit Gürtel, Größe 1... Jede weitere Größe 20,5 mehr. **1⁹⁵**
Knaben-Blusen pa. Kadett, Kieler Form... Größe 0... Jede weitere Größe 35,5 mehr. **3²⁵**

Berufskleidung

Wasch-Joppen aus Ia. Zwirn und Schilfleinen	5.75	5.25	4 ⁹⁰
Tussor-Sakkos in solider Verarbeitung	7.50	6.90	5 ⁹⁵
Lüster-Sakkos in vielen Farben	11.50	8.50	6 ⁹⁰
Kellner-Sakkos prima Körper	7.50	6.50	6 ²⁵
Maler-Kittel aus Ia. Stouts	3.90	5.50	4 ⁹⁰
Staub-Mäntel aus guten Leinen- u. Drellstoffen	8.50	7.95	6 ⁹⁰
Friseur-Mäntel mit farbig. Besatz, prima Körper und Stouts	9.75	8.30	7 ³⁰
Schlosser-Jacken und -Hosen aus bestem Haustuch und Fischgrat	4.25	3.50	2 ⁹⁵
Herren-Hosen Buckskin, aus tragfähigen Stoffen	6.50	5.75	4 ⁹⁰
Herren-Hosen elegante Kammgarnstreifen	7.90	6.90	5 ⁹⁵
Herren-Hosen Manchester, flor. fest geköpperte Ware	10.50	9.75	8 ⁷⁵
Breeches-Hosen aus sehr strapazierfähigem Cord	10.90	9.75	8 ⁹⁰
Arbeits-Westen aus Ia. Manchester Buckskin- und Zwirnstoffen	4.75	4.50	3 ⁷⁵
Windjacken Ia. Imprägniert, lange kleidsame Form	11.75	10.50	8 ⁹⁰

39⁵⁰

Herren-Anzüge sehr strapazierfähige Stoffqualitäten... **39⁵⁰**
Herren-Sport-Anzüge aus Ia. Genua-Cord in allen Farben... **39⁵⁰**
Herren-Sakko und Weste aus pa. Marengostoffen... **39⁵⁰**
Herren-Gummi-Mäntel Ia. Wolfbezug, beste Gummierung... **39⁵⁰**
Herren-Übergangs-Mäntel eleg. Muster flotte Schwedenform... **39⁵⁰**

48⁻

Herren-Covercoat-Paletots prima Sergefüütterung... **48⁰⁰**
Herren-Sport-Anzüge sehr haltbare Stoffqualität... **48⁰⁰**
Herren-Sakko-Anzüge sehr tragfähig, Ia. Sitz, neueste Form... **48⁰⁰**
Herren-Übergangs-Mäntel doppelseitig, Ia. imprägniert... **48⁰⁰**
Herren-Cutaway und Weste gute Paßform... **48⁰⁰**

Knaben-Blusen aus Ia. weiß Satin, Kieler Form... Größe 0... Jede weitere Größe 35,5 mehr. **5⁹⁰**
Knaben-Anzüge aus prima Kadett, Kieler Form... Größe 0... Jede weitere Größe 75,5 mehr. **5⁷⁵**
Knaben-Anzüge aus Ia. weiß Satin, Kieler Form... Größe 1... Jede weitere Größe 75,5 mehr. **9⁷⁵**

Karstadt

Unsere Preise!

Wir können ganz besonders empfehlen **direkt bezogene, frische Sibirische Meierei-Tafel-Butter** Hochfeinste Qualität **1.80** Pfd.

Allein schmelz. **Meierei-Gras-Butter** Pfd. **1.90**

Unsere **Margarine-Qualitäten** von 65 Pfg. bis 1.20 per Pfund

Allein dänisches **Flomen-Schmalz** in Blasen Pfd. **1.06**
Blütenweißes Schweineschmalz Pfd. **1.00**

Butter Groß-Handlung Hammonia
 Größtes Butter-Spezialgeschäft Norddeutschlands
 Verkaufsstelle **Lübeck, Huxstraße 73**

Prima bidf. argent. Ochsenfleisch Pfd. 65⁴
 Pa. frisches Schweinefleisch 1.60
 Ia. Schweinefleisch 1.20
 Karbonade 1.40
 bidf. Flomen 1.00
 fr. Beeifisch 1.30
 Kollfleisch 1.30
 ger. Reittwürst 1.20
 frisches Gehacktes 0.50
 frisches Gulasch 0.50
 frische Herzen 0.40
 frische Baden 0.40
 frische Leber 0.60
 Ia. ger. Schweinef. 0.80
 fetter Blutwurst, Leberwurst u. Geflügel 1.20
 Täglich pa. frisches Kuhbutter 50 Pfg.
Karl Lahrtz Böttcherstraße 16
 Telefon 1874

Äußerst günstige Angebote!

Käse

Tüpfel Ia. Edamer Pfd. 50, 70, 80, 1.20 u. 1.50
 Solletter Schweizer Solletter Holländer Pfd. 1.50 und 1.80 Pfd. 1.60 und 2.20

Feinste hannoversche Würst
 Leberwurst 1/2 Pfd. 35, 50, 3/4 Pfd. 35, 40, 3/4 Pfd. 60, 3/4 Pfd. 60, 3/4 Pfd. 60, 3/4 Pfd. 60
 Geräucherte Reittwürst 1/2 Pfd. 35, 45, 50, 65 u. 70, 3/4 Pfd. 60, 3/4 Pfd. 60, 3/4 Pfd. 60, 3/4 Pfd. 60

Seiftoftgeschäft Huxstraße 41
 O. Janßen (822) Fernruf 8509

Billig! Zum Aussuchen Billig!
 Freitag und Sonnabend in der Marktstraße, Stand 14 und 15:
 Schweinefleisch Pfd. 90 Pfg. und 1.00
 Dicker fetter Speck Pfd. 1.00
 Dide frische Flomen 90⁴
 Frisches Schweinefleisch 30⁴
 Prima fettes ger. Ochsenfleisch 70⁴

W. Strohfeldt (8215)

Ein Lagerposten **II. Sortierungen** (ca. 20% Fehlfarben enthaltend) (8297)

Nr. 1	Sumatra, Deli-Sandblatt	25 Pf.
	Cuba, Hav.-Vuelta-Abajo	
Nr. 8	1924er, Deli-Fußblatt	25 Pf.
	Brasil, Hav.-Vuelta-Abajo	
Nr. 2	Sumatra, Deli-Sandblatt	20 Pf.
	Brasil, Hav.-Vuelta-Abajo	
Nr. 6	1924er, Deli-Fußblatt	20 Pf.
	Brasil, Havana - Vuelta	
Nr. 3	Sumatra-Fußblatt, Brasil, Havana	15 Pf.
Nr. 7	Sumatra-Fußblatt, Brasil, Java	15 Pf.
Nr. 15	Sumatra-Fußblatt, Brasil, Java	15 Pf.
Nr. 18	Sumatra-Pfückblatt, Brasil, Java	12 Pf.
Nr. 14	Sumatra-Pfückblatt, Brasil, Java	9 Pf.
Nr. 13	Sumatra-Stamblatt, Brasil, Java	7 Pf.
Nr. 10	Stumpen, Sumatra Sandblatt, Brasil, Havana	6 Pf.

Sämtliche Zigarren sind aus rein überseeischen Tabaken hergestellt, den reinen Farben ebenbürtig und zeichnen sich besonders durch Reife und Güte aus. Sie sind infolgedessen schmackhaft und bekömmlich sowie **äußerst niedrig im Preis!**

Mengenabgabe bleibt vorbehalten

Joseph B. Wessels, Zigarrenfabrik
 Verkaufsstellen: Lübeck, Kohmarkt 13, Commerzbank
 Schönberg i. Mecklb., Lübecker Straße

Schwäbe
WALTER RONNPAG
 Huxstraße 43
 Steinmetz
 Lübeck

Gute Bücher
 Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.
 Johannstraße 46

Aufklärung
 über Gas und Elektrizität
 Werkstätte für Gas und Elektrizität
 Breitenstr. 21

Hanseaten-
Bräu
EXTRA
Pilsner
Hansa-Brauerei A.G. Lübeck

Freistaat Lübeck

Freitag, 25. Juni.

Politische Bierdedel

Vor mir liegt ein Bierunterseher aus Pappe. Und darauf steht der wunderbare Vers:

Kaffee, Tabak, Kaffee, Zette,
Baumwolle, Kautschuk, Del, — ich wette,
davon brauchst du das meiste täglich,
doch kommt's vom Ausland, das ist kläglich!
Wenn Kolonien wir wieder hätten —
das könnt' uns vor der Pleite retten!

Früher machte der Spektakel und Bierpflücker auf der Bierbank große Politik. Jetzt unterstützt ihn dabei der Bierdedel. Er gibt ihm das politische Schlagwort das gerade einer eingehenden bierpflückerischen Behandlung bedarf. Und weil das für die Brauereireaktionäre jetzt „zufällig“ die Kolonien sind — mit Kolonialwaren ist scheinbar der größte Profit zu machen und der Weltfrieden am besten zu fördern — so muß natürlich das Schlagwort von den Kolonien herhalten. Natürlich Kolonien! Wir brauchen Kolonien! orateln die Honoratioren und Akademiker im vornehmen Hotel. Natürlich Kolonien! Wir brauchen Kolonien! redet gedankenlos Handwerksmeister und Beamter am Stammtisch nach. Natürlich Kolonien, wir brauchen Kolonien, das wird im Tunnel, in der Stehbirne auch jedem Proleten immer wieder vorgelesen mit jedem Glas Bier, bis er's endlich — auch glaubt.

Und alle, die es lesen, nachplappern, fordern, vergessen dabei, was — dahinter steckt. Das weiß nur der, der diesen neuen politischen Trick erfand. Rüstung, Flotte, Revanchepolitik, Krieg, uneingeschränkter Profit, kapitalistischer Gewinn. Und das ist das Ziel. Der Bierdedel muß dazu mitwirken.

Es genügt nicht mehr, den Arbeiter durch den Alkohol körperlich betrunken zu machen: Er muß auch noch durch den Bierdedel geistig befohlen und impotent gemacht, ja vergiftet werden.

Der kapitalistische Zweck heiligt auch dieses Mittel!
C. v. S.

Einem schmutzen Salondampfer

hat die Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft erbaut. Das Schiff wurde am Donnerstag Vertretern der Lübecker Wirtschaft, des Senats, der Bürgerschaft und der Presse gezeigt. Es führt den Namen „Projektoraslednik Petar“ (Trompscher Peter) und wurde von der Dampfschiffahrtsgesellschaft „Bota“ in Kotar (Cattaro) in Auftrag gegeben. Der schöne weiße Salondampfer soll in der Adria kreuzen. Die E. M. G. hat da ein wirklich schönes Schiff erbaut, dessen Inneneinrichtung allgemeine Bewunderung erregte und das ihr und den Arbeitern Anerkennung brachte. Es blüht und blüht überall in den Kabinen. Leute mit dem nötigen Kleingeld werden sich bei den Vergnügungsfahrten auf dem Schiff sehr wohl fühlen. Retende Kabinen mit allen Bequemlichkeiten sichern den Passagieren eine bequeme Fahrt und die Luxuskammern mit Badezimmer bieten ebenso wie der große eigengetriebene, mit allen Finissen ausgestattete Salon jede Annehmlichkeit. Alles, was ein erstklassiges Hotel bieten kann, ist hier vorhanden. Bedeutend einfacher ist natürlich die 3. Klasse ausgestattet. Die Bauzeit betrug etwa 7 Monate, die Baukosten des Dampfers werden sich auf rund eine halbe Million stellen. Nach der Befichtigung des Schiffes wurden noch die Schiffs- und Baggermodelle gezeigt und nachher ein Frühstück gereicht, bei dem Baurat Dr. Fischer die Gäste begrüßte und Senator Dr. Kalkbrenner der lobenden Arbeit der E. M. G. gedachte.

Ueber den Salondampfer, der nach erfolgter Probefahrt seine Ausreise antreten wird, wurden uns folgende Einzelheiten mitgeteilt:

Das Schiff hat bei einer Länge zwischen den Loten von 47,80 Meter, eine Breite von 7,80 Meter und eine Höhe vom Kiel bis zum Oberdeck von 5,91 Meter. Sein normaler Tiefgang ist etwa 3,60 Meter, wobei die Wasserverdrängung 770 Cbm. beträgt. Zur Fortbewegung des Schiffes dient eine moderne Dreifach-Expansionsmaschine von etwa 800 PS., die den nötigen Dampf aus zwei mit 15 Atm. Druck arbeitenden Zylinderkesseln von zusammen 226 qm Heiz- und 628 qm Rostfläche erhält. Diese Anlage gibt dem Schiff eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 12 Seemeilen pro Stunde, die im Bedarfsfalle um eine weitere Meile gesteigert werden kann. Schiff und Maschinenanlage wurden nach den Vorschriften des Germanischen Lloyd für dessen höchste Klasse 100 A K „mit Freibord“ erbaut.

Das Schiff hat Kabinen für 24 Passagiere 1. Klasse, 40—60 Passagiere 3. Klasse und kann außerdem etwa 100 Tagespassagiere aufnehmen. Für die Fahrgäste 1. Klasse sind zwei Luxus-kammern mit Betten und Badezimmer in eleganter Ausführung, eine Luxusstube mit einer Doppeltöje und weiter 10 einfachere Kammern mit Doppeltöjen vorhanden. Die Kammern sind mit poliertem Birtenholz gefäest und dürsten in Ausstattung und Einrichtung den vornehmsten Anforderungen genügen. Als Aufenthaltsräume für die Passagiere 1. Klasse sind außer einem geräumigen, in Eiche gefäesteten Speisesaal ein gleichfalls in dunklem Eichenholz gefäesteter Rauchsalon und ein eleganter mit polierter Birke gefäesteter Damenklub vorzulegen. Leptische und Käufer sowie Gardinen und Fenstervorhänge, ferner geschmackvolle Beleuchtungskörper geben allen Räumen eine freundliche Note. Für die Unterhaltung der Fahrgäste ist eine moderne Rundfunk-Anlage mit Lautsprecher, ein Klavier und eine Sprechmaschine vorhanden. Das durch ein Sonnenbad geschützte Bootsdeck ist in üblicher Weise reichlich mit Bänken, Klapp- und Lehnstühlen für die Bequemlichkeit der Passagiere ausgerüstet.

Ferner sind auf dem Dampfer zwei Laderäume von etwa 300 Tons Fassungsvermögen vorhanden, zu deren Bedienung eine Dampfwinde mit Ladebaum und eine elektrische Laufseilvorrichtung sind. Ein besonderer Raum zur Beförderung von Post ist an Bord vorhanden. Das Schiff hat elektrische Lichtanlage, moderne Wasserversorgung und Badeanlagen mit fließendem, kaltem und warmem Wasser. Die Besatzung zählt außer dem Kapitän, 3 Offiziere, 3 Maschinisten, 2 Köche, 3 Stewards, 1 Stewardess, 7 Matrosen und 5 Heizer, die in freundlichen und bequemen Kammern bezw. in geräumigen Logis untergebracht sind. Für einen Postbeamten ist eine besondere Kammer vorhanden.

Erhöhung der Fleischpreise in Sicht?

Im August 1925 sind zunächst mit Wirkung bis 31. Juli 1926 mäßige Zölle für Brotgetreide und Futtergetreide festgelegt, darunter besonders für Futtergerste mit 1 RM. pro 100 Kilogramm, während der Eingangszoll für Braugerste 3 RM. pro 100 Kilogramm beträgt. Diese Zölle kommen am 1. August d. J. automatisch in Kraft, und an ihre Stelle tritt der automatische Zollsatz von 7 RM. pro 100 Kilogramm, wenn die

Gegen die Verlüderung der Presse!

Bewusste Lügen und keine Richtiggstellung

Der zweite Fall in 8 Tagen

Zwei Tage vor dem Volksentscheid gaben die Lübecker Kommunisten bekanntlich ein Flugblatt heraus, nicht etwa gegen die Fürstentum, sondern gegen die Sozialdemokratie. Inhalt: Sozialdemokratischer „Verrat“ in der Bürgerschaft. Methode: Schwindel und Dummheit. Druck und Verlag: Charles Coleman, Lübecker General-Anzeiger. Eine ausgemachte politische Lumperei; die Rechnung präsentieren wir später.

Für heute haben wir es mit der moralischen Lumperei im „Generalanzeiger“ zu tun. Daß er kommunistische Flugblätter druckt, verübeln wir ihm gar nicht. Für ein bürgerliches Zeitungsunternehmen ist die Redaktion ja sowieso nicht mehr als ein nun einmal unentbehrliches Anhängsel der Inseratensplantage. Geschäft ist Geschäft, Bargeld lacht — und warum sollten Kommunistengroschen dreifach sein als Kapitalistentaler?

Nicht in dem Druck des Flugblattes sehen wir die moralische Lumperei, sondern darin, daß tags darauf die Redaktion, offenbar von der Geschäftsleitung gezwungen, behauptete, das Flugblatt sei heimlich und ohne Wissen eines verantwortlichen Angestellten nachts im „Generalanzeiger“ gedruckt worden. Wie sich heute herausstellt, wider besseres Wissen.

Daß es unwahr war, konnten wir sofort feststellen. Wie die Dinge in Wirklichkeit zusammenhängen, erfahren wir erst jetzt aus einer Berichtigung, die die R.P.D. Lübeck in der Stettiner „Volkswacht“ veröffentlicht. Eingangs wird dort festgestellt, daß der Redakteur Thiele diese Berichtigung zurückwies, obwohl er dem Vertreter der Kommunisten Drews gegenüber zugab, er sei davon unterrichtet, daß seine Angaben unrichtig wären. Sodann folgt das Schreiben, das wir im Wortlaut wiedergeben:

An die Redaktion des „Lübecker Generalanzeiger“.
Unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes ersuchen wir um Aufnahme folgender Richtiggstellung:

In Nr. 139 vom 18. Juni 1926 des „Lübecker General-Anzeiger“ wird von „Infamie“ der Kommunisten gesprochen. Der Artikel ist überschrieben: „Senatswahl und politisches Geschäft“. Unterzeichnet: Th.

Da wir mit den Angriffen des ersten Abzuges uns nicht getroffen fühlen, wollen wir verzichten darauf, einzugehen. Der zweite Abzug heißt folgendermaßen:

„In der Nacht zum Donnerstag gelang es den Kommunisten mit Hilfe eines Angestellten, in der Druckerei dieses Blattes ein Flugblatt herstellen zu lassen, das am frühen Morgen schon abgeholt war, ehe die Geschäftsleitung überhaupt Kenntnis davon erhielt. Das ist eine Infamie, die nur infolge der unentbehrlichen Unachtsamkeit eines Angestellten Erfolg haben konnte. Man will anscheinend mit allen Mitteln, wenn auch nur indirekt, die bürgerliche Presse irgendetwas erspannen; daher dieses neueste Kuchensci. — Durch die an anderer Stelle veröffentlichte Erklärung des Verlages ist die Absicht indessen gleichfalls mißlungen.“

Es ist offensichtlich, daß die Geschäftsleitung des „L. G. A.“ ihren Freunden zu Liebe diese Erklärung abgeben mußte, da man sonst der Auffassung sein könnte, daß auch bei den Hugenberg-Blättern das Geld über der Gesinnung steht. Damit aber den Lesern des „L. G. A.“ ein klares Bild über die „Infamie“ der Kommunisten und die „politische Ehrlichkeit“ des „Lübecker Generalanzeiger“ entrollt wird, stellen wir zur Steuer der Wahrheit folgendes fest:

Zwei unserer Parteigenossen haben am Mittwoch morgen mit Herrn Krüger in dem Bureau, welches eigens zu diesem Zweck (Entgegennahme von Druckaufträgen) dient, gesprochen, ob die R.P.D. ein Flugblatt dortselbst herzustellen bekommt, welches am Donnerstag fertig sein sollte. Dieses wurde von Kr. zugesagt, wenn das Manuskript bis 5 Uhr nachmittags auf-

gegeben wird. Unser Genosse D. überbrachte pünktlich das Manuskript und Herr Kr. besprach die technische Angelegenheit mit ihm, und verwies ihn dann an den technischen Leiter des „Lübecker General-Anzeigers“, der nochmals alle Wünsche des Genossen in bezug auf den Druck des Flugblattes entgegennahm. Unser Genosse wurde zu abends 9 1/2 Uhr zur Einrücknahme der Korrektur bestellt, aber um 8 Uhr schon geholt. Nach einigen Änderungen der ersten Korrektur wurde ihm die zweite vorgelegt, die für Fehlerfreiheit erklärt wurde. Auf seinen Wunsch wurden ihm zwei Stück gegen Abnahme ausgehändigt. Dann wurde ihm gesagt, daß er die übrigen Flugblätter am Donnerstag morgen um 8 Uhr aus dem Bureau bei Herrn Krüger abholen könnte. Am Donnerstag morgen zwischen 11 und 12 Uhr lagen unsere Flugblätter je 1000 Stück eingebunden für uns bereit und wurden uns ausgehändigt.

Das ist der wahre Sachverhalt. Nicht wir haben infam gehandelt, sondern die Leute, die uns der Infamie bezichtigt haben.

Kommunistische Partei Deutschlands
(Sekt. der Komm. Internationales)
Unterbezirk Lübeck
J. L. Paul Drews.

Wir stellen zunächst fest, daß die „Generalanzeiger-Redaktion“ juristisch berechtigt war, diese Berichtigung zurückzuweisen, da sie den gesetzlichen Anforderungen nicht entspricht. (NB. Wenn nicht einmal Bürgermeister D. Dr. Neumann in der Lage war, eine preßgesetzlich einwandfreie Berichtigung fertig zu bringen, so wird was das von den Kommunisten wirklich nicht verlangen dürfen.)

Selbstverständliche Aufstandsspflicht eines Schriftleiters, der auf Sauberkeit hält, ist es jedoch, wenigstens den sachlichen Inhalt einer solchen Richtiggstellung wiederzugeben, ganz besonders, wenn er selbst weiß, daß er jemanden zu Unrecht der „Infamie“ bezichtigt hat. Darüber kann es unter anständigen Menschen eine Diskussion überhaupt nicht geben.

Der Chefredakteur des „Generalanzeigers“ denkt anders. Und handelt demgemäß. Dies ist nun innerhalb von 8 Tagen der zweite Fall einer solchen Lumperei. Der erste betraf bekanntlich die Verhandlungen vor der Senatswahl. Wie wir bereits vor einigen Tagen feststellten, haben die drei Unterführer der Deutschen Volkspartei unsere Vertreter gegenüber erklärt: Der Bericht des Generalanzeigers enthält grobe Unrichtigkeiten, wir sind nicht verantwortlich dafür, wir haben den Chefredakteur auf die Unrichtigkeiten ausdrücklich hingewiesen.

Trotzdem bis heute kein Wort der Richtiggstellung. Der Fall mit dem Kommunistenflugblatt ist allerdings noch äbler. Da der Generalanzeiger-Redakteur hier die Wahrheit im eigenen Hause feststellen konnte, bleibt nur der Schluß, daß schon seine erste Behauptung eine bewusste Lüge war.

Das Ganze ist so widerlich, daß wir ernste Bedenken hatten, den Fall überhaupt aus dem stillen Winkel in der ungeliebten „Volkswacht“ an das Licht einer besseren Deffenizität zu ziehen. Denn es gibt leider noch eine ganze Menge harmloser Gemüter, die den Unterschied zwischen der Hugenberg-Presse und der politischen Zeitung noch nicht begriffen haben, und aus der Feststellung derartig verwerflicher Lügen die allgemeine Schlußfolgerung ziehen: „Die Zeitungen lügen.“

Schlamm genug, daß das Pressewesen in Deutschland, vornehmlich durch Hugenbergs verderbliche Einflüsse, so weit heruntergekommen ist, daß solche Dinge überhaupt möglich sind. Dazu schweigen hiesige der weiteren Verlüderung der öffentlichen Meinung wissenschaftlich Vorkühn leisten.

Gehen solche Methoden ein paarmal angekratzt durch, so werden sie bald „ortsüblich“ sein, und ein neuer Schritt abwärts in unserm politischen Leben ist getan. Das gilt es zu verhindern. Wer hilft?

Metallarbeiter!

Sonntag, den 27. Juni

Wahl eines Delegierten zur Verbands-Generalversammlung in Bremen

Wahlzeit von 10—4 Uhr

Wählt die Liste Löwigt!

Reichsregierung vorher keine anderweitige Entscheidung trifft. Man hört, daß die Reichsregierung nichts zu tun gedenkt. Anscheinend hat sie sich von den östlichen Großagariern breit schlagen lassen, welche dabei ein ganz bestimmtes System verfolgen. Zurzeit blüht im Nordwesten Deutschlands, besonders in den Provinzen Oldenburg, Hannover und Schleswig-Holstein, die Schweinegucht, wenn sie auch noch längst nicht den Stand wie vor dem Kriege wieder erreicht hat. Dieser blühenden Schweinemast ist es in erster Linie zu verdanken, daß die Fleischpreise langsam aber sicher in den letzten Jahren zurückgegangen sind. Die Blüte der Mast ist aber nur möglich durch billige Zölle auf ausländische Gerste und Mais. Ein Gerstenzoll von 7 RM. würde voraussichtlich eine Erhöhung der Fleischpreise um 15 bis 20 Proz., also 15 bis 20 Pf. auf jede Mark mit sich bringen. Die großen Landwirte, besonders im Osten Deutschlands, haben dann Gelegenheit, ihre großen Vorräte an Roggen und Kartoffeln, welche sie nach der letzten Ernte zu billigen Preisen hergeben mußten, zur Schweinegucht zu verwenden und dadurch entsprechend höhere Preise aus ihren Erzeugnissen zu erzielen. Das ist natürlich nur möglich, indem die Fleischpreise gesteigert werden. Heute rentiert sich die Verfütterung von Roggen und Kartoffeln noch nicht. Wie man

hört, haben alle Landwirtschaftskammern der Befestigung des billigen Gerstenzolls zugestimmt, diejenigen im Nordwesten Deutschlands allerdings nur unter der Bedingung, daß eine entsprechende Erhöhung der Fleischzölle bzw. Verringerung der Gefrierfleischzölle damit verbunden wird. Wie auch da wiederum die Verteuerung des Fleisches für den Verbraucher. Es ist die höchste Zeit, daß die Vertreter der Verbraucher sich gegen solche Absichten rühren, da der Reichstag in die Ferien geht und dann während der Ferien automatisch die hohen Zölle in Kraft treten. Das aber lehnt die Regierung zu beabsichtigen.

Die Zinsen der Aufwertungshypothek. Die sehr streitige Frage, von wann ab Zinsen zu zahlen sind, wenn eine Aufwertungshypothek erst im Wege der Rückwirkung wieder eingetragen wird, wird auch von den Gerichten verschieden beantwortet. Das OLG. Karlsruhe hat sich in einem Urteil vom 11. Mai 1926 auf den Standpunkt gestellt, die Bestimmung des § 28 Abs. 2, wonach der Zinsenlauf erst mit dem Beginn des auf die Wiedereintragung folgenden Kalenderjahres eintritt, beziehe sich nur auf die dingliche Forderung, während die persönliche Forderung seit dem 1. Januar 1925 zu verzinsen sei. Den entgegengelegten Standpunkt nimmt das Bayrische Oberste Landesgericht in einer Entscheidung vom 11. Juni 1926 (VIII. 68. 26) ein. Es wolle darauf hin, daß die ganze Bestimmung des § 28 Abs. 2 von vornherein wertlos wäre, wenn die persönliche Forderung schon früher verzinst werden müßte. Den Sinn der Bestimmung sieht es in einer Milderung der Aufwertungslast für den durch die Rückwirkung betroffenen Schuldner, die durch den späteren Beginn der Verzinsung erreicht werden soll. Angesichts dieser widersprechenden Judikatur kann man erst von einer Entscheidung des Reichsgerichts eine Klärung erhoffen.

Funigerat und Fernsprecher im Verkehrsflugzeug. Auf der seit anderthalb Monaten mit gutem Erfolg betriebenen ersten Nachtflugstrecke (Deutsche Luft-Hansa) mit Personenbeförderung Berlin—Danzig—Königsberg bewährt sich eine im Vorjahre auf-

Wieder ein Lustmord?

Düsseldorf, 25. Juni. (Radio.)

In einer Buchenwaldschönung nahe der Eisenbahnbrücke Duisburg-Düsseldorf wurden am Donnerstag die Leichen eines siebenjährigen Knaben und eines fünfjährigen Mädchens gefunden. Den Kindern war die Halsschlagader durchstochen und an einer Hand waren die Pulsadern durchschnitten. Als Täterin soll eine 20- bis 25jährige Frau mit schwarzem Subitopf in Frage kommen.

Das Unheil des Hochwassers

7 Reichswehresoldaten vom Blitz getötet

Das Hochwasser, das infolge der ungeheuren Regenfälle der letzten Wochen zunächst vor allem die Quellgebiete der Flüsse, die Gebirgsgegenden, verheerend heimgesucht hatte, wird jetzt in den Niederungen der großen Flüsse von Tag zu Tag bedrohlicher, vielerorts direkt zur Hochwasserkatastrophe. Das trifft vor allem auf den Unterlauf der Oder und den Mittellauf der Elbe zu. In Mitteldeutschland, in der Gegend von Magdeburg, sind die Ufer der Elbe und die anliegenden Gebiete meilenweit überschwemmt. Zahlreiche Deichbrüche sind zu verzeichnen, so daß unübersehbare Strecken fruchtbarer Ackerbodens überflutet und verschlammt sind und die Getreide- und Kartoffelernte zum großen Teil vernichtet ist. Die ständigen wolkenbruchartigen Gewitterregen lassen auch die sonst harmlosen Nebenflüsse weit über die Ufer treten. Der höchste Wasserstand im Unterlauf der Flüsse wird sogar erst für die nächsten Tage erwartet. Bei Magdeburg haben die Fluten die Elbdämme zwischen Hohen-Warthe und Niegripp durchbrochen, oberhalb Magdeburgs gelang es den Pionieren einzuweisen, die Dämme zu halten. Überall sind die Feuerwehren der Städte und Dörfer aufgeboten, um auf Automobilen an den gefährdeten Stellen eingesetzt zu werden. Nur unter äußerster Anstrengung gelang es bisher, die wichtige Eisenbahnstrecke Berlin-Magdeburg vor Zerstörung zu retten. Der Pegelstand der Oder steigt im Unterlauf ebenfalls ununterbrochen. Bei der Stadt Crotzen sind weite Strecken vom Wasser überflutet und zahlreiche Wohnungen mußten geräumt werden. Die Hochwasserwelle hat vor allem im Rheine- und Oderbruch alles überflutet; im Warthebruch ist ein Damm geborsten, so daß ebenfalls Pioniere eingesetzt werden mußten. Zwischen Schwedt und Stettin stehen die Oderwiesen überall unter Wasser und die Dörfer sind um ihre Gemüse- und Heuernte gekommen. Das Hochwasser im Spreewald hat den Höchststand der letzten Jahrzehnte schon erheblich überschritten und sämtliche Ufer überflutet. Mit einer Fläche von annähernd 10 Quadratmeilen bildet der Spreewald jedoch ein natürliches Schutzwehr für die Reichshauptstadt, in der sich das Hochwasser bis jetzt nicht bemerkbar macht.

Bei einem Gewitter in der Gegend von Neusalza a/Oder schlug der Blitz in eine Funkstation einer Nachrichtenabteilung der Reichswehr, wobei 7 Soldaten in Aufnahmegeräten getötet wurden. Bei Landsberg a/W. wurde die Frau eines Landwirts auf dem Felde vom Blitz erschlagen. In der Nähe von Halle schlug der Blitz während eines wolkenbruchartigen Gewitters in die Schäferei eines Rittergutes. Das 70 Meter lange Gebäude sowie eine Scheune wurden ein Raub der Flammen. Zahlreiche Tiere verbrannten, 400 Schafe und 30 Schweine gelang es allerdings zu retten.

Gewitter und Wolkenbrüche

Gewaltige Wolkenbrüche gingen in der Gegend von Metzeberg und Bitterfeld nieder. Auf dem Rittergut des Barons v. Trotha in Schkopau traf der Blitz in die Schäferei und legte das 70 Meter lange Gebäude samt der angrenzenden Scheune in Asche. Es gelang jedoch, etwa 400 Schafe und 30 Schweine zu retten. Eine Anzahl wertvoller Zuchtböcke und junger Schweine verbrannten, ebenso Hühner. Die Vermirung, die entstand, brennten Wilderer, um mit Rähnen auf die vom Hochwasser überfluteten Wiesen hinauszufahren und das Wild, das sich an den höher gelegenen Stellen zusammengedrängt hatte, namentlich Rehwild, abzuschleichen. In Bitterfeld wurden Fabrikräume und Privathäuser durch den Wolkenbruch überflutet. In Reichardtswerben gingen dem Otto Kerk infolge eines Blitzaufschlages die Pferde durch. Kerk wurde überfahren und getötet. In Wertheberg kürzten an der Raumburger Straße infolge der Regengüsse fünf alte Scheunen mit donnerähnlichem Krach zusammen. Viele landwirtschaftliche Maschinen, Heu- und Strohvorräte sind vernichtet worden.

Eine Reihe von Gewittern von heftigster Art ging über der Stadt Krehweil (Württemberg) nieder, die mehrere Wolkenbrüche mit sich brachten. Um 11 Uhr wurde die Feuerwehr alarmiert, um in der Altstadt eine Anzahl Häuser, die bis unter das Dach von der ganz unerwarteten Anschwellung des sonst unbedeutenden Hohenbachens überschwemmt wurden, der zum reichenden Strom angewachsen war, zu räumen. Scheunen wurden niedergedrückt, große Holzmenagen fortgeschwemmt und Hausrat und ganze Möbel aus den Häusern fortgeführt. Das Vieh

litten günstigeren Ergebnis oder wird es von dem Berechtigten verlangt, so ist ihm ein neuer Bescheid zu erteilen. Geschieht dies auf Verlangen des Berechtigten, so bleibt der bisherige Tarif maßgebend, wenn er für den Berechtigten günstiger ist.

Abnahme der Konkurse

Auch die Geschäftsaufsichten gehen zurück.

Nach der Konkursstatistik für den Monat Mai wurden 1046 Konkurse bei 691 Geschäftsaufsichten eröffnet bezw. angeordnet. Im März dieses Jahres gab es noch 1871 Konkurse, im April 1922. Bei den Geschäftsaufsichten sank die Ziffer von 1481 im März, über 923 im April auf 691 im Mai, und es kann damit gerechnet werden, daß auch der laufende Monat Juni von der bisherigen kontinuierlichen Abnahme der Konkurse und Geschäftsaufsichten keine Abweichung zeigt. Insgesamt sind im Mai 1925 die Konkurse um 19,6 Prozent, die Geschäftsaufsichten um 51,1 Prozent zurückgegangen.

Das Hauptkontingent der Konkurse bezw. Geschäftsaufsichten stellt immer noch das Handelsgewerbe, und zwar markiert der eigentliche Warenhandel mit 545 Konkursen im Mai an der Spitze. Ihnen entsprechen 361 Geschäftsaufsichten des Warenhandels. Trotzdem zeigt sich auch hier ganz deutlich die Bewegung zum Besseren. Denn im April gab es im Warenhandel noch 692 Konkurse bezw. 489 Geschäftsaufsichten. Bedeutend in der Textilindustrie haben sich die Verhältnisse weiter verschlechtert. In diesem Industriezweig stehen den 28 Konkursen des April 35 im Mai gegenüber. Die übrigen Industriegebiete warten barthaue mit Rückgängen in ihren Ziffern auf. So sind beispielsweise die Konkurse in der Maschinenindustrie von 32 im April auf 19 im Mai gesunken, in der elektrotechnischen Industrie von 31 auf 21, in der chemischen von 13 auf sieben. In den übrigen Industriezweigen sind die Konkursziffern im Vergleich mit dem April im Mai gesunken, das Verhältnismäßigkeitsverhältnis ist im Vergleich mit dem April im Mai gesunken, das Verhältnismäßigkeitsverhältnis ist im Vergleich mit dem April im Mai gesunken.

stand bis über den Hals im Wasser. Menschen mußten aus einzelnen Häusern über die Magstrassleitern der Feuerwehr, die an der höherliegenden Straße angelegt wurden, gerettet werden. Ein Teil des Kleindiebs ist ertrunken.

Als Lebensretter ertrunken ist der 24jährige Gastwirtsgehilfe Schilling in Werber bei Berlin. Bei Schwimmübungen in Schillerinnen in der Havel betam ein 13jähriges Mädchen einen Schwächeanfall, als ein Dampfer herantam. Schilling sprang dem Mädchen zu Hilfe und hielt es über Wasser, bis es an Bord genommen wurde. Gleich darauf versank er jedoch, anscheinend infolge eines Herzschlags.

„Ich bejah' den Dreck alleine!“ schrieb ein Wähler bei Volksentscheid in Keutznitz i/Sa. auf seinen Wahlzettel und legte 3 Milliarden ein in den Wahlumschlag bei.

Eisenbahnunglück bei Gerolstein. Auf der Strecke Magden-Gerolstein entgleiste ein Personenzug. Die Lokomotive und ein Wagen stürzten die Böschung hinunter; der größte Teil der anderen Wagen entgleiste ebenfalls. Wie bisher festgestellt werden konnte, sind acht Personen verletzt worden, darunter der Lokomotivführer sehr schwer. Die Verbindung ist noch unterbrochen.

Die Mordtat in Neu-Sadisch. Nach einer Meldung aus Breslau ist auf Grund der Untersuchung als wahrscheinlich anzunehmen, daß es sich bei der Neu-Sadischer Mordtat nicht um einen Doppelmord, sondern um Mord und Selbstmord handelt. Josef Gebauer hat sich wahrscheinlich selbst erschossen. Es handelt sich vielleicht um eine im Blutrausch begangene Tat. Vermutlich hat er zunächst die Ziegen abgeschlachtet, ist dabei von der Schwester überfallen worden und hat sie im Keller getötet. Es sind auch Merkmale festgestellt worden, die auf anormalen Veranlagung des jungen Menschen hindeuten.

Banditenüberfall auf die bulgarische Post. Einem Funkspruch zufolge griffen Banditen in der Nähe von Plewna eine Postkutsche an, töteten diesen, sowie drei zu seiner Hilfe herbeieilende Gendarmen und bemächtigten sich einer Summe von mehr als einer Million Leva in barem Gelde und enttamen dann in die Berge.

Das Testament des Irren

Er baut für alle

Vor einiger Zeit starb im „Summing Insane Asylum“ von Illinois U. S. A. ein Irreer, der das folgende höchst merkwürdige Testament verfaßt hatte:

„Mein Recht zu leben, das nur ein Leben auf Lebensdauer ist, steht mir nicht zu, aber, diese Dinge ausgenommen, gehe ich nun daran, alles andere zu verteilen und zu vermachen.“

Ich vermache den guten Vätern und Müttern als Pfand für deren Kinder alle kleinen Worte des Lobes und der Ermunterung und alle Zärtlichkeiten; und ich trage den besagten Eltern auf, sich dieser Worte reichlich zu bedienen, wie es der Bedürfnissen der Kinder entspricht.

Ich hinterlasse den Kindern für die Dauer ihrer Kindheit die Blumen, Felder, Wälder und Wälder mit dem Rechte, ihnen frei herum zu spielen, wobei ich sie zugleich vor Disteln und Dornen warne.

Ich vermache den Kindern die Ufer, die Bäche und den goldenen Sand unter ihren Wassern und die weißen Wolken, die hoch über den Kiefernäumen dahinschweben, und ich hinterlasse den Kindern lange, lange Tage, in denen sie frühlich sein mögen und die Nacht und den Mond und den Zug der Milchstraße, daß sie ihn anstaunen.

Ich vermache den Knaben alle die freien Felder und die freundlichen Gewässer und die Ströme, wo man fischen und den Fisch haben und in der Knabenzeit behalten kann. Die Weisen mit ihrem Rats, ihren Blüten und Schmetterlingen, die Wälder mit allem, was ihrer ist, Eichhörnchen, Vögel, Echos und seltsame Geräusche, all die entlegenen Plätze, die man gemeinsam besuchen kann, und dazu die Abenteuer, die man dort findet. Ich vermache den besagten Knaben jedem feinen eigenen Platz beim nächsten Kaminsfeuer mit all den Bildern, die im brennenden Holz geschaut werden können, daß sie sich ihrer ohne Hemmung oder Hindernis oder Beschränkung oder Sorge freuen mögen.

Liebenden vermache ich ihre imaginäre Welt mit allem, was sie brauchen, wie die Sterne, den Himmel, rote Rosen an der Mauer, die Blüten des Hagelorns, die süßen Klänge der Musik und sonst alles, was sie wünschen mögen.

Jungen Männern teile ich die Verachtung der Schwäche zu und das unverzagte Vertrauen in ihre eigene Stärke. Ich gebe ihnen die Kraft emigriren zu dürfen, um zu schreien, und heitere Gefährten, und ihnen im besonderen gebe ich alle frohen Lieder und tapferen Chöre. Und was jene anbetrifft, die nicht mehr länger Kinder oder Jünglinge oder Liebende sind, so lasse ich ihnen das Gedächtnis und vermache ihnen die Bände der Gedichte von Burns, Shakespeares und der Dichter, und daß sie ihre alten Tage ohne Abgaben verleben.

Den Liebenden mit Kronen aus Eisenbein vermache ich Glück, hohes Alter, die Liebe und Dankbarkeit ihrer Kinder, bis sie einschlafen.“

Mag Hayet.

Die Einwanderung in den Vereinigten Staaten im April

Aus Neuport wird dem Deutschen Ausland-Institut berichtet: Der Bericht des General-Einwanderungs-Kommissars für den Monat April liegt jetzt vor, und wir entnehmen demselben die folgenden Daten. Es wurden im April insgesamt 50 957 Ausländer in den Vereinigten Staaten zugelassen; davon entfielen 17 249 auf das berühmte „Quoten“-Gesetz, und weitere 16 471 Personen kamen aus Staaten, die von dem Quoten-Gesetz ausgenommen sind. Die anderen Personen waren Leute, die bereits in den Vereinigten Staaten anständig waren und von einem Ausländer in den Vereinigten Staaten, oder aber Ausländer, die zu einem kürzeren geschäftlichen Aufenthalt nach den Vereinigten Staaten kamen. Erhöht wurden die Quoten von Danzig und Luxemburg; die letztere betrug 228 Personen. Insgesamt waren bis Ende April vier Fünftel aller Ausländer zugelassen, deren Einwanderung vor dem Quotengesetz statthaltig ist. Die Zahl der im April eingewanderten Deutschen betrug 6285.

Von den 33 000 Ausländern, die zu Schiff in den Vereinigten Staaten ankamen, wurden 186 (also etwa sechs pro Tausend) von der Einwanderungsbehörde abgewiesen. Zum großen Teil hat man es hier mit Seelenten und „blinden Passagieren“ zu tun, die kein amerikanisches Passivum erwirkt hatten. Abgesegelt sind hienzu deportiert wurden im April 1052 Personen aus verschiedenen Ursachen, wegen „unmoralischen“ Charakters, körperlichen Defekten und andere Kategorien „Unerwünschter“. Ueber die Hälfte der Abgeschobenen wurde nach Mexiko, Kanada und anderen Ländern des amerikanischen Erdteils deportiert.

Während des Monats verließen 4989 Eingewanderte die Vereinigten Staaten, und außerdem reisten noch 10 780 Personen ab, die entweder nur kurz zu Besuch hier waren, oder hier dauernd wohnen und sich zeitweilig in ihre alte Heimat oder nach andern Ländern begaben.

Schützt die Grünanlagen!

Versuchen erprobte technische Neuerungen bestens, die in absehbarer Zeit als unentbehrliche Einrichtung von allen Großflugzeugen geführt werden wird: Funkentelegraphie und Lufttelephone. Die telegraphische Anlage hat eine Reichweite über die ganze 650 Km. lange Nachtflugstrecke, sodas das Fliegen von jedem Standort aus sowohl mit Start als mit Landebahnen die Verbindung aufnehmen kann. Ferner hat die Besatzung die Möglichkeit, durch Telephonie sich stets mit einer der beiden Endstationen zu verständigen. Die Verständigung ist bisher auf allen Flügen ausgenommen gewesen. Besonders wertvolle Dienste leistet die Neueinrichtung bei Nebel, dem z. B. noch gefährlichsten Feind des Flugzeugs. Ist z. B. ein auf der Strecke befindliches Flugzeug in örtlichen Nebel geraten, kann es im Vertrauen auf seine drahtlose Verbindung mit der Erde ruhig eine geraume Zeit über den Nebel fliegen, wobei es Zeit hat, festzustellen, daß die noch ferne Zielstation frei vom Nebel und daher eine Landung möglich ist. Die Voranlage der Telephonie und Telephonie ist zur Zeit noch ausschließlich für die Besatzung des Flugzeugs als Hilfsmittel der Navigation gedacht, doch werden Vorbereitungen getroffen, auch dem reisenden Publikum Funkgerät und Fernsprecher zu privater Verwendung freizugeben.

Zum nordwestdeutschen Jugendtag am 31. Juli und 1. August in Lübeck werden 3000 Quartiere für auswärtige Teilnehmer, Arbeiterjugend und -Mädels, benötigt. Arbeiter, Parteigenossen, helft uns, unsere Jugend in Privatquartieren unterzubringen! Anmeldekarten nehmen die Funktionäre der Sozialistischen Arbeiterjugend, die Betriebsräte und das Sekretariat der Sozialdemokratischen Partei entgegen.

Sozialistische Arbeiterjugend, Ortsverein Lübeck Sozialdemokratische Partei.

Verkehrs-Bericht der Deutschen Luft-Hansa vom 24. Juni. C. M. W. K., Führer Poppe, hatte im Durchgangsverkehr von Malmö nach Berlin 4 Passagiere an Bord. In Lübeck-Travemünde wurde ausschließlich Post empfangen und abgehandelt. — D 879, Führer Rahlow, kam von Berlin mit 4 Passagieren nach Kopenhagen. 3 weitere Passagiere nach Kopenhagen stiegen in Lübeck hinzu. — Nunmehr sind auch auf unserer Strecke die sogenannten Strecken-Linien eingeführt worden, die den Fluggästen der Deutschen Luft-Hansa vor Eintritt des Fluges ausgedrückt werden und es ihnen ermöglichen, sich jederzeit zu orientieren, wo das Flugzeug sich befindet. In übersichtlichem fünffarbendruck gehalten, gibt die Karte einen klaren Überblick über die von dem Flugzeug besogene Strecke. So sehen wir den Kurs des nach Berlin fliegenden Flugzeugs den Schweriner See kreuzen, dann geht es weiter über Crivitz-Rachim-Wittstock, an den Neuruppiner Seen vorbei nach Berlin. Nach Norden herauf geht die Flugroute über Kopenhagen, Burg und Puttgarden auf Fehmarn, dann über den Belt nach Dänemark hinein, über Sarhöing, Nordborg, Magleba nach dem Flughafen von Kopenhagen, Kastrup. Seitlich am Kartenrand sind von 20 zu 20 Km. die Kilometerzahlen eingetragen, so daß dem Passagier die Möglichkeit gegeben ist, jeweils leicht die Entfernung vom Flughafen bezw. Zwischenst. zu bestimmen. Der Genuß an der Luftreise wird auf jeden Fall durch diese Neuerungen wesentlich gesteigert.

Vergrößerung des Deutschlandsenders. Der Deutschlandsender in Königs-Wusterhausen, der bisher auf Welle 1300 Meter mit einer Energie von etwa 20 Kilowatt sandte, soll auf eine Leistung von 100 Kilowatt vergrößert werden. Es ist beabsichtigt, ihn auf ein eigenes Gelände in Zeesen bei Königs-Wusterhausen zu verlegen, wo zwei Antennennetze von je 200 Meter Höhe noch im Laufe dieses Jahres errichtet werden sollen. — Die Deutsche Reichspost plant die Errichtung eines Rundfunksenders auf langen Wellen; mit dem Einbau dieses neuen Senders ist bereits begonnen worden, so daß der Betrieb demnächst aufgenommen werden dürfte. Dieser Rundfunksender soll auf der Wellenlänge von 30 Meter arbeiten.

Reißer-Ringer-Wettstreit im Haus-Theater. Am Donnerstag abend rang der Bulgare Berikhanoff mit dem Dänen Nielsen. Beide waren es mit welchen Kampfmännern der Bulgare arbeitete. Berikhanoff beherrschte sich aus den gefährlichsten Lagen mit Leichtigkeit. In der 28. Minute zog der Bulgare einen Armringkampf und Niensens lag auf beiden Schultern. Der Kampf wurde gegen Seppi Wang war wieder der Sieger des Abends. Wölfe ging wie gewöhnlich wieder mit aller Brutalität vor. Wölfe zog in der 22. Minute einen verletzten Armring am Boden und Seppi rollte wieder die Augen und verließ betäubt die Bühne. Bei dem letzten Kampf Wölfe gegen Nielsen-Lübeck reichte die Zeit nicht aus, um eine Entscheidung herbeizuführen. — Der heutige Abend bringt die größte Sensation für Deutschland. Der Bulgare Berikhanoff, der sich vor einigen Tagen erst als „Giltkönig“ zeigte, läßt sich heute von einem mit 6 Personen besetzten betriebsfertigen Auto überfahren. Diese Attraktion wurde vor Jahren von dem weltberühmten Athleten Fritz Seiffen ausgeführt. Außerdem rinnen Berikhanoff gegen Wabral; Peter Kopp gegen Anstall und Wölfe gegen Kobun.

Wagregelung in der Sächsischen Seelmühle, Siems. Ueber die Sächsischen der Sächsischen Seelmühle L. G. Siems (vorm. Assans), in wegen Wagregelung der dort bisher beschäftigten Sächsischen die Sperre verhängt. Zugang ist ferngehalten.

Verband der Sächsischen, Reichsleiter und Hilfsarbeiter Deutschlands, Jagdstraße Lübeck.

Krankenversicherung der Seelente

Sozialdemokratischer Gesetzentwurf über die Krankenversicherung

Die Seelente unterliegen bekanntlich noch immer nicht der Krankenversicherung. Sie haben nach der Seemannsordnung im Falle der Erkrankung allerdings einen Anspruch an den Reeder auf Verpflegung und Heilbehandlung, sowie auch auf Heuer, wenn sie nach Eintritt des Dienstes oder nach der Annahmierung erkrankt. In aber das Dienstverhältnis beendet, so stehen sie außerhalb der Krankenversicherung der Seelente. Der Seemann nach der Annahmierung, so ist er auf sich allein angewiesen. In Seelentezustände hat die öffentliche Fürsorge einzugreifen.

Nunmehr, nachdem die sozialdemokratische Fraktion des deutschen Reichstages dem letzten Ende April bereits einen Gesetzentwurf über die Krankenversicherung der Seelente eingereicht hat, zu hoffen, daß auch die Seelente in absehbarer Zeit wie die übrigen Arbeitnehmer der Krankenversicherung unterstellt werden. Der Gesetzentwurf sieht besondere Bestimmungen in der Reichsversicherungsordnung vor. Der Gesetzentwurf soll für alle Seelente die Allgemeine Ortskrankenkasse Hamburg sein, die dafür eine besondere Sektion mit besonderen Verwaltungsbefugnissen errichtet.

Hoffentlich werden nun recht bald durch das beantragte Gesetz die Seelente aus dem Ausnahmestande, der in der Sozialversicherung für sie gegeben war, herausgehoben und mit den übrigen Arbeitern auf eine Stufe gestellt.

Abfindung von Unfallrenten

Ueber die Verhängung des Abfindungsprinzips bei Rentenzahlung der Unfallversicherung — Bezugs- und Hinterbliebenenrenten — sind durch Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 14. Juni 1925 neue Bestimmungen erlassen. Die Verordnung tritt am Wirkung vom 1. Juli 1925 in Kraft. In eine Abfindung nach dem früheren Tarif festgestellt und in die Rentenzahlung nach dem 20. Juni 1925 rückwirkend gemacht, so hat der Rentenzahlung die Feststellung nach dem neuen Tarif nachweis zu prüfen. Führt die Prüfung zu einem dem Besch-

Ata

Henkel's
Schneerpulver

in handlicher
Streuflasche!

Sichert sparsamste Verwendung

Tägl. frische Wollten als
Schweinef. gibt billig ab
Meierei Friedr. Serube
8204) Dornestraße 9b

1922er
Mojel- u. Rheintwette
Fl. 0.90 an
Thür. Apfelwein 0.50
Obstfett Fl. 1.60
Traubenfett 3.00 an
Trauben-Gelt Marke:
„Weinhaupt Surus“
Preis ab 1. Juli 6.00
heute ausnahmsw. 3.75
Rotweine Fl. 1.00 an
Tarragonala. Fl. 1.20
Tener-Madeira 1.60
Malaga, Orig. 2.00
Dou-Portw. Fl. 2.00
Maltonwein Fl. 2.00
Krankentw. 1.25, 2.00

Edellitöre billigst
in Frühstücksfl. à 1.00
Dopp.-Kümmel Fl. 1.80
Tafel-Aquavit „ 2.00
Wanetuh-Küm. „ 2.00
Weinbrand-B. „ 2.30
J.-Rum-B. 40% „ 2.50

Ernst Voss
Große Burgstr. 59
Sternstr. 410 (8212)



Preiswerte Badewäsche

- Damen-Badeanzüge** schwarz Trikot mit Bandträgern Gr. 75 **1.45**
- Damen-Badeanzüge** schwarze Hose weißes Oberteil, sehr fesch Gr. 75 **1.75**
- Damen-Badeanzüge** schwarz u. farbig mit farbiger Blende Gr. 80 **2.25**
- Damen-Badeanzüge** prima Qualität mit Rock und farbigem Besatz Gr. 85 **4.25**
- Damen-Badeanzüge** schwarz mit farbiger Blende und Büstenhalter Gr. 75 **3.25**
- Badeanzüge** für Herren und Damen, aus bestem Seidenflor, schlicht schwarz **3.75**
- Herren-Schwimmanzüge** schwarz, ohne Bein Gr. 80 **1.25**
- Herren-Badeanzüge** moderne Form, mit weißem Oberteil Gr. 80 **1.90**
- Herren-Badeanzüge** schwarz, mit farbiger Paspel, Marke „Goldfisch“ Gr. 95 **2.75**
- Schwimmhosen** in rot Kattun, für Knaben und Herren Gr. 38 **60.00**
- Badekappen** Phantasiehaube, doppeltes Stirnband **70.00**
- Frottierhandtücher** Kräuselstoff, mit roter Kante und Fransen **75.00**
- Frottierhandtücher** prima Kräuselstoff mit farbiger Kante **1.95**
- Badeschuhe** mit Gummisohle, schwarz und weiß Paar **1.95**
- Badeschuhe** Krepp-Gummi in allen Farben Paar **2.50**
- Frottierstoff** schwere Qualität weiß Meter **2.95**
- Badelaken** Jacquard, farbig karliert 100/100 **3.65**
- Badecapes** prima Frottierstoff 60 cm **5.00**
- Badelaken** Kräuselstoff, farbig gemustert 140/180 **7.75**
- Bademäntel** für Damen und Herren Jacquard, beste Verarbeitung **21.50**

Ganz Lübeck staunt über meine billigen Juni-Angebote

Kinder-Söckchen Größe 1-6 zum Aussuchen	Paar	25.00
Kinder-Söckchen Gr. 10 9 8 7 6 5 4 3 2 1 mit Wollrand		95 90 85 80 75 70 65 60 55 50
Mako imit. Hosen Größe 6 5 4		1.98 1.78 1.58
Mako imit. Hosen Größe 6 5 4 echt amerikanische Baumwolle		2.95 2.75 2.50
Mako (echt ägyptisch) Hosen Größe 6 5		3.50 3.25
Mako imit. Hemden Größe 6 5 4		2.50 2.25 1.95
Mako-Hemden (echt amerik. Baumw.) Größe 6 5 4		3.95 3.50 3.25
Mako-Hemden (echt ägyptisch) Größe 6 5 4		4.50 4.25 3.95
Barchent-Hemden		3.95 2.95
Pilot-Hosen gestreift		6.95 6.50 5.95 4.95
Finett-Barchent weiß, für Nachjacken	Meter	1.00
Ungebleicht Hemdentuch ca. 80 cm breit	Meter 0.65	38.00
Hemdentuch Meter 0.95 0.88 0.78 0.68		48.00
Kleider-Musseline Meter 0.88 0.78 0.68 0.58		48.00
Woll-Musseline Meter 2.95 2.50		1.95
Normal-Hemden		3.95 2.95 2.50 1.95
Preiswerte Herren-Anzüge		69.50 59.50 49.50 39.50 25.00
Gummi-Mäntel für Herren		29.50 24.50 22.50 19.50 15.00
Sommer-Joppen		9.95 7.95 6.50 4.95

Johannes Holst / Lübeck
Kohlmarkt 6 Markt 6
Filiale: Kücknitz, Hauptstraße 7 (8229)

Fahrräder

erf. Marken
tl. Anzahlung
3.-Rm. wöchentlich
Spezialrad u. 85 M an
Fahrradhaus „Haut“
Ernst Schmidt
Wahmstr. 33 (8205)

Billigste Schuhreparatur

Heinr. Faasch
Beddergrube 70

Patent-Matratzen
Kunzige-Matratzen
werden in jed. Größe
zu den billigsten
Preisen angefertigt
Gebrüder Hefti
Welt. Spez.-Gesch.
Unterrave 111/112
b. d. Hofstr. (8211)

Heute
fr. Käsekuchen (Quark)
Kaffee- und Teegebäck
(gefüllt und angefüllt)
**Kopenhagener
Max Krügel**
Augustenstraße
Ede Zietenstraße

Wohlfahrtsvereine m.
Lasten billigst
Schmidt, Effengr. 13

Prima diät. geiz.
Döhenfleisch 85.00
Ba-Gelatin u. Haas 1.-
Tägl. frisch. Kuhener
Fid. 50.00 2 Fid. 90.00
fr. Kohlsurrt Fid. 1.-
Ba. Leberwurst 1.40
Gefochte Remonirt 1.40
Ger. Reinsurrt
feine u. grobe Fid. 1.60

Carl Möller
Büchereistraße 44
Telephon 2336. (8211)



Spielfarten
gut und billig
Buchhandlung
Lübecker Volksbote
Johannisstr. 46

Zigaretten
Zigarten
C. Wittfoot
Ob. Hützstr. 18.

Habe in Bad Schwartau
Lübecker Straße 34, I. Etage eine
Zahnpraxis
eröffnet
Bruno Adler jr., Dentist



Einfache und moderne
Schuhwaren
gut und preiswert (8175)
Bruno Westfeling Holsten-
straße 3

Der Lotterieschwede
2.-RM. in Leinen gebunden
Buchhandlung
Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46

Der Corvette-Schnitt
aus Formobstbäumen
und feine bestmögliche Bedienung
von Carl Heine. Preis RM 0.75.
Buchhandlung
Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46

KARSTADT

Angrenzende Gebiete

Hansestädte

Hamburg. Die Groß-Hamburg-Frage gehei...

Schleswig-Holstein

Schleswig. Landgewinnung an der Nordsee...

Von der Sonne und ihrer Heilwirkung

Tiefgebräunt von der Sonne, von Luft und Wind...

Sonne und Luft dürfen aber keineswegs im Uebermaß...

Chemisch wirksames Ingredienz des Sonnenlichtes...

Bekannt ist, daß Sonnenstrahlung im Hochgebirge...

wirkt. Das liegt an der reichlicheren Zufuhr ultravioletter...

Weiß ausgezeichnete Heilerfolge die Bestrahlung mit...

Seitdem weiß man, daß Sonne und Höhenluft kostbare...

Aus der jüngsten Zeit werden noch wunderbare Dinge...

Gebirge und See sind dem Proletariat meist unerreichbare...

Die Beobachtung einiger wesentlicher Verhaltensregeln...

Während der Besonnung wachse man häufig die Körper...

Während des Sonnenbades betriebe man möglichst einige...

bringen wollen, sondern sich mit einfachsten Freiübungen...

Die Abkühlung zum Schluß nehme man nicht mit Wasser...

Und nun: gut Luft und Sonne!

Aus der Partei

Ein ungetreuer Genosse. In Frankfurt a. M. wurde der...

Neue Bücher

Jack London: Ruf des Goldes. Verlag Grethlein u. Co.

Don Quijote und Sancho

Von Miguel Unamuno.

Der große Dichter, den der spanische Diktator in die...

Der Herr und sein Schildknappe verließen nun das Schloß...

Schau, Sancho, das was sich hier bei Gelegenheit dieser...

zu zwingen versucht, daß du dich geißelst, und da man dich...

Ja, der größte Teil der menschlichen Mühe und Arbeit geht...

Hürwahr! Eine Synthesarbeit ist der größte Teil der...

Wintermonate, wenn die Geißel selten werden, das Pflaster...

Ja, ein Penelopegewand, und ein Danaidenfaß ist das Wert...

Das Klima als Heilfaktor. In der vom amerikanischen...

Obsttorten

Wir haben mit der Herstellung der beliebten Obsttorten begonnen

Stachelbeertorten . . . p. St. 2.00 Rm.
Erdbeertorten p. St. 2.00 Rm.



Für Selbsterstellung im Haushalt liefern wir auf Bestellung

1a Mühlbrotgeböden p. St. 0.75 Rm.

Konsumverein

für Lübeck und Umgegend e. G. m. b. H.

Margareten-Burg

Jeden Sonnabend Familien-Kränzchen

Tanz und Eintritt frei
Salzstraße der Straßenbahn Linien 8 und 9 beim Drägerwerk

Arnimsruh

Freitags (Anfang 8 Uhr), Sonntags (Anfang 4 Uhr) finden die beliebtesten Konzerte mit Tanzeinlagen statt.
Eintritt frei
Otto Marwede

Kronstörde

In Königs Lokalitäten am Sonntag, 27. Juni
Stiftungsfest
von
Arbeiter-Adhärenzverein „Solidarität“
verbunden mit Korsofahrt u. Verchießen
Anfang des Verchießens 2 Uhr (8194)

Hierzu laden ein
DER VEREIN
u. Heiner König



Friedrich-Franz-Halle

Jeden Sonnabend und Sonntag:

TANZ

Eintritt u. Tanz frei
Anfang 4 Uhr.
L. Stamer.

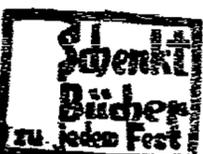
Kücknitz

W. Dieckmann's Gasthof

Sonnabend, den 26. Juni

Wiederholungs-Kränzchen

Jazzband
Stimmungsmusik



Schenkt Bücher zu jeden Fest

Stadthallen - Lichtspiele

Neute und folgende Tage die 2 Schiager der Saison:

DER GRAF VON LUXEMBURG

Ein Meisterfilm aus der Operette von Franz Lehár in 7 gewaltigen Akten. Die unsterbliche Operette Lehárs hat nun auch ihre Verfilmung erfahren. Die ewigen Walzerweisen des Wiener Meisters werden nun wieder eine neue und verdiente Auf-erstehung feiern.
Unser Kapellmeister Herr FRANZ GÜDEL hat sein Bestes in der Musik gegeben. In dem Meisterfilm „Der Graf von Luxemburg“ wird die Originalmusik gespielt. (8218)

Die unberührte Frau

Eine dramatische Liebeskomödie in 7 hervorragenden Akten. In den Hauptrollen das große Starensemble; Imogen Robertson, Tamara, Harry Halm und Hans Junkermann.
Aktuelle Wochenschau u. a.: Die große Berliner Ruderregatta in Grünau. (8219)

Zur gefl. Beachtung! Jeden Sonntag 3 durchgehende ungekürzte Vorstellungen, um 1 RM., außer Balkon und Logen. Dieser Eintritt wird bis 9.30 Uhr erhoben. Ab 9.30 Uhr sind die üblichen Preise maßgebend. Kasseneröffnung Sonntags 1.30 Uhr.

Erstklassige Orchesterbegleitung

Halte mein Votum dem Reichsbanner am Sonnabend und Sonntag zur Verfügung

Adam Sabarowski Schlutup - Lübeck

Lübecker Bandoneon-Orchester von 1919

Sonnabend, den 26. Juni 1926

Großer Ball

unter Mitwirkung der Fideles Jazzkapelle im Moisinger Baum

Anfang 7 Uhr Ende 2 Uhr
Hierzu ladet freundlichst ein Der Festausich

Zentral-Hallen

Morgen Sonnabend (8226) la Jazzband Eintritt frei!

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Ortsverein Schlutup

Bannerweihe

am 26. und 27. Juni 1926 im Lokale des Herrn Böge

Sonnabend 9 Uhr: Fackelzug

Sonntag 6 Uhr: Wetten

2 Uhr: Antreten zum Fackelzug bei Sabarowski

Festbeitrag 0.50 RM

Alle Ortsvereine sind freundlichst eingeladen.

Wilsfulm

aus Zvonitz

von Emil Ludwig

„Ungefürte „Volksausgabe“ in Ganzleinen mit 21 Abbildungen auf Tafeln Preis 4.80 RM.

Buchhandlung Lübecker Volksbote

Johannisstraße 46

HANSA-THATER

Heute Freitag die größte Sensation für Deutschland, bis jetzt nur im Ausland gezeigt

Veristanoff

läßt sich heute abend von einem vollbesetzten Auto überfahren. Diese Attraktion wurde vor Jahren von dem weltberühmten Athleten Artur Sachsen ausgeführt. Durch jahrelang. Training hat Veristanoff es soweit gebracht, daß er heute die Leistung mit voller Sicherheit ausführt (8206)

3 gr. Entscheidungskämpfe

Veristanoff gegen Madrali Peter Kopp gegen Aroküll Wolke gegen Podzun

Varieté 8. Ringkampf 9 1/2 Uhr

Hansa-Café Peters :: Lübeck

Das vornehmste Familien-Café am Platze . . . Eigene Konditorei

Spezialität: Frische Erdbeeren mit Schlagsahne, Gefrorenes

Täglich ab 4 1/2 Uhr erstklassige

Künstler-Konzerte

unter Leitung des jugendl. Kapellmeisters Fritz Paulmann

An Sonn- u. Festtagen ab 11.30 bis 1 Uhr

Früh-Konzerte

8179) Besitzer: W. Peters

KOLOSSEUM

Montag, den 28. Juni, abends 8 Uhr

Konzert des (8227)

Stenska

Sångarförbundets (Schwedischer Sängerbund)

Dirigent: Fil. Dr. Hugo Alfvén

Solist: Operasångare Ivar Andrésen

Karten zu 3.00, 2.00 und 1.00 Mk bei Ernst Robert, Breite Straße 29

Kasseneröffnung von 9-1 und 3-6 Uhr

Total-Ausverkauf

Damen-Konfektion

wegen Aufgabe der Abteilung
Gewaltige Preisermäßigung bis 75% des regulären Wertes

Schwarze Tuchmäntel, Gummimäntel, Kostüme, Haus- und Wollkleider, Kinderkleider, Blusen, Röcke usw.

Zu billigsten Preisen:

- Herr-Waschjoppen 7.80 5.95 4.95
- Waschhosen 7.50 6.50
- Ledenjoppen . . . 12.50 9.80 7.50
- Lästrojackets 12.50
- Herrn-Anzüge 65.- 52.- 44.90
- Sommermäntel . . . 52.- 39.50
- Gummimäntel 24.50 19.50
- Breechesosen 12.80 9.80
- Knab-Waschhosen 6.75 4.95 3.95
- Knaben-Waschhosen . 3.95 2.95
- Waschstoffe . 1.85 1.25 1.05 0.95
- Wollmusselins 3.25 2.90
- Washseide 2.90 1.75
- Waschsephir . 1.- 1.10 1.25 usw.

- Spielhosen - Hüte - Mützen
- Stroh Hüte 1.95 2.70 3.95 usw.

- Eleg. Herrenstiefel 14.50 13.- 10.50
- braune 18.50 17.50
- Herrn-Halbschuhe, schwarz 13.00
- braune 18.50
- Eleg. Damen-Halbschuhe 12.50 10.50 9.00 7.50
- braune 15.50
- weiße 4.25 3.95
- Ledergamaschen . . . 10.45 7.80
- Sandalet, Turnschuhe, Pantoffeln usw. (8222)

Leichte Kleidung für Damen, Herren und Kinder

Ehlers & Reetwisch

Holstenstraße 1 - St. Petri 2 u. 4

Das bekannt reelle Einkaufshaus für Arbeiter und jeden Beruf

Schuhwaren
Hilfsdamen
2
F. MEYER
REPARATURWERKSTÄTTEN

GEWERK
SCHAFTS
HAUS
JOHANNISSTRASSE 50-52

Kaufmannsdruck
Wilh.
Kruse
Lübeck
HUXSTR. 43

HEKOCH
Möbelhäuser
Inh. Carl Peters u. Rud. Knoch
Lübeck größte
MÖBELAUSSTELLUNG
MARLESGRUBE 45 u. 40

AUS DEM GEWERKSCHAFTSLEBEN

Beilage zum Lübecker Volksboten

Metallarbeiter!

Die Wahlen zum Verbandstag in Bremen

Am Sonntag, dem 27., findet die Wahl der Vertreter zum Verbandstag des Deutschen Metallarbeiterverbandes statt. Die Generalversammlung wird diesmal in Bremen abgehalten. Bei der Bedeutung der Metallindustrie und des Metallarbeiterverbandes für die Lage der deutschen Arbeiterschaft verdienen die Vertreterwahlen besondere Beachtung. Tariffragen, Arbeitszeitfragen, alle großen Zeitfragen finden in der Metallindustrie ihre schärfste Ausprägung und in den Metallindustriellen ihre schärfsten und gefährlichsten Gegner. Bei vielen Kulturforderungen der Arbeiterschaft fällt die Entscheidung in der Metallindustrie. Die Erfolge der Metallarbeiter wirken sich aus für die gesamte Arbeiterschaft und darum sind auch Niederlagen in der Metallindustrie verhängnisvoll für die deutsche Arbeiterbewegung. Die Fliesarbeit und Rationalisierung mit ihrer rückwärtslosen Abstoßung von Arbeitermassen greifen in der Metallindustrie am schärfsten um sich. Das alles erfordert Zusammenfassung der Kräfte durch den Verband, damit die Massen der deutschen Metallarbeiterschaft auf Grund ihrer großen Zahl in die Waagschale geworfen werden können. Die Wucht, die in der Zahl der Metallarbeiterschaft besteht, muß für die Interessen der Gesamtarbeiterschaft eingesetzt werden. Diese Kraft muß durch einen gutdisziplinierten Willen geleitet und damit erhöht werden.

Dieser disziplinierte Wille ist in den vergangenen Jahren durch das Treiben der Kommunisten zum Schaden der Arbeiter bedenklich geschwächt worden. Die gewissenlose Hege der

Wählt die Liste Löwigt!

Kommunisten, vor allem im schwarzen Jahr der deutschen Gewerkschaften, im Jahre 1923, hat manchen langjährig organisierten Metallarbeiter der Bewegung entfremdet. Die verärgerten Arbeiter wurden ein Opfer der Moskauer Demagogie. Als später die Kommunisten auf Moskauer Befehl die Parole ausgaben: „Zurück in die Gewerkschaften!“, zeigte sich, daß die durch ihr Treiben abgestoßenen Metallarbeiter so leicht nicht wieder zu sammeln waren. Erst ganz allmählich, mit der Konsolidierung der Gewerkschaften und mit der Ernüchterung der Betrogenen trat ein Umschwung ein. Täglich hämmerte die Not auch nicht mehr organisierten Metallarbeitern die Notwendigkeit ein, auf dem Posten zu sein und in Verbindung mit dem Verband für diese Besserung der Lebenslage der Arbeiter zu ringen. Der Ausgang der Mecklenburger Wahl zeigt, daß vielen, für die Bewegung verloren gegangenen Arbeitern die Augen geöffnet worden sind. Diese Arbeiter müssen für die Verbände restlos wieder gewonnen werden.

Der beste Weg, sie zurückzuführen, ist die Unterbindung der kommunistischen Quertreibereien. Die Kommunisten kennen die Bedeutung des Metallarbeiterverbandes; sie unterhalten einen vollständigen Apparat mit bezahlten Angestellten nur zu dem Zweck, den Deutschen Metallarbeiterverband für die kommunistische Partei zu erobern. Die Bedeutung des Verbandes fordert jedoch, daß die Führung in den Händen der Amsterdamer Richtung bleibt. Der Verband ist für Moskauer Experimente zu schade. Dem Bremer Verbandstag sind überdies wichtige und schwierige Aufgaben gestellt; diese können nur von ruhigen, mit wirtschaftlichen Kenntnissen ausgestatteten Menschen gelöst werden. Kommunistischen Agitationssturm kann die Tagung nicht brauchen.

Metallarbeiter, jede Wahlsäumigkeit der Amsterdamer Verbandskollegen wäre ein Verbrechen am Verband und an der Arbeiterbewegung. Also, aufgewacht, aufgepaßt, mobil gemacht!

Bekennnis zum Achtstundentag

Des Arbeitsministers in Belgien

Genosse Bauers, der belgische Minister für Arbeit und Industrie, der seit langem zielbewußt für die bedingungslose Ratifizierung der Konvention von Washington über den Achtstundentag eingetreten ist, hielt anlässlich der allgemeinen Debatte, die der Ratifizierung der Konvention seitens der belgischen Kammer voranging, eine bemerkenswerte Rede über die Auswirkungen des Achtstundentages und die Folgen der Ratifizierung der Washingtoner Konvention. Er sagte u. a.:

Man hat vielfach behauptet, daß der Achtstundentag der Produktion schade. Wenn wir uns die Frage stellen, ob es auch nur eine einzige Industrie gibt, in der sich die Verhältnisse auf Grund des bereits in Kraft stehenden Achtstundentages verschlechterten, so lautet die Antwort, daß sich die Produktion in Belgien allgemein in aufsteigender Linie bewegt. Unsere wirtschaftliche Tätigkeit war nie so umfangreich wie gerade jetzt und auch unsere landwirtschaftliche Produktion wächst. Wir sind das Land mit den kleinsten Arbeitslosen (4,5 Proz.). Kurz, die Anwendung des Achtstundentages hat nicht die Folgen gehabt, die man da und dort befürchtete. Es hat deshalb keinen Wert, die Resultate einer weiteren Erhebung abzuwarten. Wir wissen im voraus, daß sich günstige und ungünstige Argumente ergeben.

Die Ratifizierung der Washingtoner Konvention läuft ab 1. Juni 1921 für 10 Jahre. Länder, die sich in einer schwierigeren Lage befinden als wir, wie z. B. die Tschechoslowakei, sind uns mit dem guten Beispiel vorangegangen. Die Konvention legt uns nicht größere Verpflichtungen auf das bereits in Kraft stehende Gesetz. Schon aus diesem Grunde müssen wir vorangehen. Die Arbeitsminister haben sich auf der Londoner Konferenz verpflichtet, ihren Parlamenten mit der Konvention übereinstimmende Gesetze zu unterbreiten. Wir wissen, daß in Deutschland die Dinge im Fluß (?) sind.

Wir haben die Pflicht, die Konvention zu ratifizieren. Es wird ein bedeutungsvoller Akt dieser Periode des sozialen Fort-

Zum Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes

Die gegenwärtige gesetzliche Regelung

Der gegenwärtige Stand der Verhandlungen über die Schaffung eines Arbeitsschutzgesetzes, das die Ratifizierung des Washingtoner Arbeitszeitübereinkommens darstellen soll, ist in der Gewerkschaftszeitung Nr. 24/1926, Seite 332 geschildert worden. Es ist von großem Interesse, einmal die hauptsächlichsten Grundsätze der gegenwärtigen Arbeitszeitregelung und die Forderungen der Arbeitnehmer herauszuarbeiten.

Vor allen Dingen muß darüber Klarheit bestehen, daß der Charakter eines Arbeitsschutzgesetzes sich nicht darin erschöpfen kann, daß gesetzlich alles zulässig ist, wenn es nur dem Unternehmer gelingt, mit seinen einzelnen Arbeitern eine seinem Willen entsprechende Vereinbarung zu treffen. Oder mit anderen Worten: es ist kein Arbeitsschutz, wenn grundsätzlich zwar der Achtstundentag gesetzlich anerkannt wird, aber tatsächlich sogar ohne tarifliche Vereinbarung weitgehende Möglichkeiten der Ueberschreitung des Achtstundentages durch Vereinbarungen im Einzelarbeitsvertrag gegeben sind. Die Gewerkschaften fordern vielmehr nicht nur die grundsätzliche, sondern die tatsächliche gesetzliche Anerkennung des Achtstundentages. Die Ausnahmen müssen eng auf die wirklich notwendigen Fälle beschränkt werden. Ausnahmen dürfen in Regelfällen auch nicht einzelarbeitsvertraglich, sondern nur durch Tarifvertrag zulässig sein. Wenn dadurch entsteht ein wirkliches Arbeitsschutzgesetz. Die gesetzliche Formulierung dagegen, daß man alles vereinbaren darf, was der Unternehmerbequemlichkeit entspricht, ist kein Arbeitsschutz.

Hauptteil der gegenwärtigen gesetzlichen Arbeitszeitregelung ist die Verordnung vom 21. Dezember 1923. Dieselbe sieht im § 1 den Achtstundentag vor. Der Begriff „Wochenarbeitszeit“ ist in dieser Verordnung nicht enthalten. Es ist nur zulässig, Ausfall von Arbeitsstunden an einzelnen Werktagen, an den übrigen Werktagen der gleichen oder der folgenden Woche auszugleichen. Die Einführung des Begriffs Wochenarbeitszeit würde die Möglichkeit der Zusammendrängung der Arbeit auf einzelne Tage geben und damit den Achtstundentag in Wirklichkeit vollkommen über den Haufen werfen. In den §§ 2, 3, 4 und 6 der geltenden Arbeitszeitverordnung sind Ausnahmen vorgesehen, wonach die Ueberschreitung des Achtstundentages zulässig ist. Im § 9 ist für die §§ 3 bis 7 die tägliche Höchst-arbeitszeit auf 10 Stunden festgesetzt. Es ist auch in dem zu schaffenden Arbeitsschutzgesetz unbedingt zu fordern, daß die Höchstgrenze des § 9 übernommen wird.

Die Reichsregierung und das Reichsarbeitsministerium haben bei der Inkraftsetzung der geltenden Arbeitszeitverordnung gehofft, daß die nach den vorgenannten Paragraphen zulässige Ueberschreitung für die Arbeiter eine Arbeitsverpflichtung darstellt. Da es seit der Gründung des Deutschen Reiches eine zivilrechtliche Arbeitspflicht nicht gibt, hat man sich allerdings geschaut, den Wunsch nach der Einführung einer Arbeitspflicht offen auszusprechen. Die Arbeitspflicht hätte bedeutet, daß die in den genannten Paragraphen vorgesehene Ueberschreitung durch einseitiges Diktat des Unternehmers von dem Arbeiter widerspruchslos geleistet werden muß. Weigerung wäre sonach ein Grund zur fristlosen Entlassung. Glücklicherweise ist den deutschen Gerichten die Arbeitspflicht fremd und nach anfänglichen Absehbungen ist es nunmehr bei den Gerichten herrschende Meinung geworden, daß die gesetzlich zulässige Ueberschreitung, die nicht tariflich festgelegt ist, vom Arbeiter nur geleistet werden muß, wenn sie zwischen Unternehmer und Arbeiter vereinbart ist. Eine fristlose Entlassung bei Weigerung seitens des Arbeiters ist unzulässig. An diesem Grundsatz darf auch bei dem zu schaffenden Arbeitsschutzgesetz nicht gerüttelt werden.

Neuregelung des Bauarbeiterlohnes

Die Häufung der Bauunfälle, die in der letzten Zeit wiederholt die Öffentlichkeit beunruhigen, hat die Gewerkschaften veranlaßt, bei dem preussischen Wohlfahrtsminister und dem Reichsarbeitsministerium auf eine rasche Neuregelung und Verschärfung der Schutzbestimmungen für die Bauarbeiter zu dringen. Wie mitgeteilt wird, sind die Arbeiten der Reichsarbeitsverwaltung zur Aufstellung einheitlicher Bestimmungen über den Bauarbeiterlohn für das ganze Reich so gut wie abgeschlossen, so daß nach der Auffassung des Reichsarbeitsministeriums der neue Richtlinienentwurf bald vorgelegt werden kann.

Für Preußen will das Wohlfahrtsministerium eine Umfrage darüber vornehmen, wie weit die Städte und Gemeinden dem Erlass des Wohlfahrtsministeriums vom 14. November 1925 nachgekommen sind. Dieser Erlass weist die Baupolizeibehörden ausdrücklich auf ihre Pflicht hin, für die Beachtung der Schutzbestimmungen zu sorgen und durch Nachprüfung an Ort und Stelle festzustellen, daß die vorgeschriebenen Sicherheitsvorrichtungen auch wirklich bestehen. Die Behörden werden jetzt nochmals von dem Ministerium angewiesen, für die genaue Durchführung der Sicherheitsvorschriften auf allen Baustellen zu sorgen. Da das Verbot des „Ueberdiehandaufbauens“ nur durch Polizeiverordnung eingeführt werden kann und in verschiedenen Regierungsbezirken infolge der abnehmenden Haltung der Bezirksausschüsse noch nicht durchgeführt ist, werden die Regierungspräsidenten ersucht, sich mit den Bezirksausschüssen wegen des Erlasses entsprechender Polizeiverordnungen in Verbindung zu setzen. Ebenso wird das Ministerium darauf dringen, daß besonders in den größeren Betrieben die Baupolizei von sich aus mit den Betriebsvertreterungen, die die Baupolizei- und Gewerbeaufsichtsbeamten in der Bekämpfung der Gesundheits- und Unfallgefahren zu unterstützen haben, Führung nehmen.

Im § 5 der geltenden Arbeitszeitverordnung ist den Unternehmern bzw. Unternehmer-Vereinigungen und den Gewerkschaften das Recht zugesprochen, Ueberschreitungen zu vereinbaren. Eine solche Vereinbarung kann also nur durch Tarifvertrag vorgenommen werden. Es ist unzulässig, daß derartige Abmachungen zwischen Unternehmer und Betriebsvertretung bzw. Belegschaft getroffen werden. Besteht kein Tarifvertrag oder schließt derselbe die nach den §§ 2, 3, 4 und 6 mögliche Ueberschreitung nicht aus, dann kann allerdings Ueberschreitung auch durch Betriebsvereinbarung festgelegt werden. Eine solche Vereinbarung hat aber weder unmittelbare noch unabhängige Wirkung. Sie muß also außerdem mit dem einzelnen Arbeiter noch besonders vereinbart werden. Und diese Grundsätze darf das Arbeitsschutzgesetz nicht verlassen.

Ebenso sind die §§ 7 und 8 der geltenden Arbeitszeitverordnung unbedingt zu übernehmen. Die Arbeitszeit der gesundheits- oder lebensgefährlichen Berufe ist positiv zu beschränken. Gegenwärtig ist besonders in diesen beiden Paragraphen die Arbeitszeit der Bergleute unter Tage geregelt und die Praxis hat ergeben, daß die Regelung der Arbeitszeit der Bergleute in der allgemeinen Arbeitszeitverordnung durchaus möglich ist. Es ist daher unter allen Umständen abzulehnen, daß hieron für die Folge abgegangen wird, weil es für die Belegschaften der Bergwerke unerträglich wäre, unter zwei verschiedene Arbeitszeitverordnungen zu fallen.

Der § 13 der geltenden Arbeitszeitverordnung, durch welchen die Arbeitnehmer der Betriebe und Verwaltungen des Reiches und der Länder sowie der Verwaltungen der Gemeinden und Gemeindeverbände gewissermaßen aus dem kollektiven Arbeitsrecht herausgenommen werden, darf in dem Arbeitsschutzgesetz nicht beibehalten werden. Die Arbeitnehmer dieser Betriebe und Verwaltungen, insbesondere auch die Arbeitnehmer der Reichsbahn, müssen in den allgemeinen Arbeitsschutz einbezogen werden. Für die Reichsbahn dürfte dies geradezu selbstverständlich sein, nachdem die Arbeitsminister in London ausdrücklich dahingehende Vereinbarungen getroffen haben und nachdem nun auch das Reichsbahntribunalgericht der Reichsbahn klar gemacht hat, daß sie nach wie vor unter die deutsche Arbeitsschutzgesetzgebung fällt. Auch die Arbeitszeitregelung in Krankenpflegeanstalten kann im allgemeinen Arbeitsschutzgesetz erfolgen.

Nachdem eine weitergehende gesetzliche Einschränkung der Arbeitszeit der Jugendlichen unbedingt erforderlich ist, muß das Arbeitsschutzgesetz entsprechende Bestimmungen enthalten, die auch auf den Urlaub für Jugendliche auszudehnen sind. Die gesetzliche Regelung des Urlaubes für Jugendliche hat im Arbeitsschutzgesetz zu erfolgen.

Wenn sich das Arbeitsschutzgesetz bei der Regelung der Sonntagsruhe auf die Uebernahme der §§ 105 b und 105 e der Gewerbeordnung beschränken würde, müßte dies als Rückschritt angesehen werden; denn es ist kein Fortschritt, daß es heute zu schaffendes Gesetz Bestimmungen übernimmt, die seit Jahrzehnten gelten und von der Entwicklung unberührt geblieben sind. Die Uebernahme derartiger Bestimmungen in ein Arbeitsschutzgesetz würde die Sonntagsruhe von dem guten Willen der Behörden abhängig machen, was unbedingt abzulehnen ist.

Von der Reichsregierung und dem Reichsarbeitsministerium muß mit Entschiedenheit verlangt werden, daß der offizielle Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes den jahrzehntelangen Forderungen der Gewerkschaften entspricht. Auch nur der Versuch, das geltende Recht zurückzuentwickeln, muß ausgeschlossen sein. Staatspolitische Richtigkeit gebietet der Reichsregierung und dem Reichsarbeitsministerium, eine derartige Herausforderung der Gewerkschaften zu vermeiden.

Durchbrechung der Tarifverträge

Der Abend schreibt uns: Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin hat unter Vorsitz des Gewerbetreibers Körner am 9. Juni einen Schiedsspruch gefällt, der u. a. vorsieht, daß „wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse des Betriebes es erfordern, besonders zur Vermeidung von Entlassungen, mit den einzelnen Angestellten eine von den Tarifstellen abweichende Regelung getroffen werden kann. Sollte im Betriebe eine Verständigung nicht zu erzielen sein, dann trifft eine Kommission, bestehend aus je drei von den Vertragsparteien zu ernennenden Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Vertretern eine bindende Entscheidung.“

Diese Bestimmungen des Schiedspruchs stehen im stärksten Widerspruch zu dem geltenden Tarifrecht. Damit bieten behördliche Organe die Hand für eine Durchbrechung der Tarifverträge, Verordnung in Bezug auf die Unabdingbarkeit der Tarifverträge. Der Abend hat im Auftrag seiner ihm angeschlossenen Verbände dem Reichsarbeitsministerium eine Eingabe übermittle, in der er fordert, daß das Reichsarbeitsministerium sofort die Schlichtungsbehörden anweist, Schiedssprüche dieser Art für die Zukunft nicht zu fällen. Dieser Schiedsspruch, der für die Nordostdeutsche Textilindustrie gefällt ist, hatte bereits einen Vorgänger in einem Schiedsspruch für die Bremer Industrie. Es ist erforderlich, daß das Reichsarbeitsministerium in aller Entschiedenheit den Schlichtungsbehörden und der Öffentlichkeit gegenüber zum Ausdruck bringt, daß die derartige Schiedssprüche, die dem kollektiven Arbeitsrecht Hohn sprechen, nicht fällen dürfen.

Der Abend hat in seiner Eingabe aus diesem Grunde dem Reichsarbeitsministerium unter anderem auch die folgenden Fragen vorgelegt: Ist das Reichsarbeitsministerium bereit, anzu-

1. Träger der Tarifverträge nur die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind.
2. Änderungen des Inhalts der Tarifverträge nur von den Vertragsparteien vorgenommen werden dürfen.
3. Schiedssprüche von Schlichtungsbehörden, die den Abschluß von Tarifverträgen erleichtern, keine Lösungen erlassen dürfen, die die gesetzlich festgelegte Unabdingbarkeit aufheben?

Eine möglichst umgehende Beantwortung dieser Fragen ist dringend erforderlich. Die Arbeitnehmer beobachten die gegenwärtige Entwicklung auf dem Gebiete des Tarifvertragsrechts mit äußerstem Mißtrauen.

FÜR DIE MÜHSTUNDE

Hexenwahn und Hexenverbrennungen

Von Karl Leonhard

Das letzte Heilmittel der Kirche gegen die Hexen ist ihre Tötung; dazu ist sie nach göttlichem Recht verpflichtet; denn es steht geschrieben: die Zauberer sollst du nicht leben lassen. Diese Art kann nur durch den weltlichen Arm vernichtet werden.

Aus: „Hexenhammer“.

Für die Jesuiten, Katholiken und auch späteren Protestanten war die Tötung der sogenannten Hexen, die nur in der Phantasie der fanatisierten Priester und Geistlichen lebten, ein göttliches Recht, wie ja auch die Tötung, der Massenmord während des Krieges, und ganz besonders während des letzten Weltkrieges ein von Gott gewolltes und von den Priestern geeignetes grauhaftes Blutvergießen war. Göttlich war die Hexenverbrennung, göttlich war die grauhafteste Fokierung der unschuldigen Opfer und göttlich waren die erpreßten Geständnisse dieser Opfer.

Alles geschah im Namen Gottes, im Namen des Stellvertreters Christi, der nach der Bibel die Worte predigte: „Liebe deine Nächsten.“ Trotzdem mußten jahrhundertlang Tausende und abermals Tausende unschuldig auf den Scheiterhaufen, Tausende wurden qualvoll gefoltert, gehängt und bei lebendigem Leibe durchgefägt.



Schneidet einen Rebherz bei lebendigem Leibe
Nach einem Holzschnitt von Lucas Cranach jun.

Der Name Gott wurde mißbraucht durch verblödete Priester, Mönche und Nonnen. Bestraft wurden diejenigen, die nur Recht und Gerechtigkeit wollten.

Dieses dunkelste Kapitel aus der Geschichte des Christentums verdient aus der Vergangenheit herausgeholt zu werden, denn zum Teil unschuldigem Menschenblut floß Stromweise durch das Land, zum Teil Scheiterhaufen loderten zum Himmel, als daß dieses grauig-blutige Kapitel aus der Geschichte der Frömmigkeit verpuffen werden dürfte.

Wer im Mittelalter an den Glauben an Hexen zweifeln wollte, wurde schon als Ketzer bezeichnet und ebenso wie die Hexen behandelt. Nicht nur Laien oder ganz einfache Leute aus dem Volke durften an dem Hexenglauben nicht zweifeln, sondern sogar hohe Geistliche und Priester. Mächtig doch der Dominikaner Corneilius Loos von Gonda in Holland, der ein heftiger Gegner der Protestanten und des Hexenglaubens war, wegen seiner Angriffe auf die Protestanten nach Trient riefen und hier unter den Jesuiten öffentlich seine Schriften gegen den

Hexenglauben widerrufen. Dieser Glaube an die Hexen wurde in die Masse des Volkes hineingetragen, und mit allen Mitteln der Grausamkeit, der Lüge und der Falschheit verbreitet.

Welches Interesse die Geistlichkeit an der Verbreitung des Hexenglaubens hatte? Sie wollte mit der Hexen- und der Ketzerverfolgung den Abfall von der Kirche einschränken. Sie wollte dadurch die Machtmittel der Kirche stärken und die Seele des Volkes vollständig für den Katholizismus, für den Jesuitismus, einfangen. Das war ein Grund. Es gibt aber einen noch viel schäblicheren Grund für die Geistlichkeit, den Hexenglauben unter das Volk zu verbreiten, dadurch Tausende an Hexen zu verdächtigen und ihnen den Prozeß zu machen, und dieser Grund ist ein sehr materieller. Wir sehen also auch bei dem dunkelsten Kapitel der Kirchengeschichte, daß hinter allen scheinbar göttlichen Handlungen der Götze Mammon steht, daß selbst der Massenmord im Namen Gottes zu einem sehr, sehr einträglichem Geschäft für die Geistlichkeit wurde, angefangen vom Papst als den Stellvertreter Christi, bis hinunter zu den einfachsten Beteiligten.

Worin dieses Geschäft einstmals bestand? So wie später die Fürsten deutsche Untertanen an das Ausland verkaufen, um ein Schlemmerleben zu führen, so ließen die hohen und auch niederen Geistlichen vermögende Leute als Hexen verdächtigen, verhaften und verbrennen oder hängen, um deren nicht immer unbeträchtliches Vermögen zu konfiszieren, um Ruinierter des nun hexenlos gewordenen Gutes zu werden. Durch die Hexenprozesse wurden große Dörfer und Kirchengüter um ein bedeutendes erweitert und vergrößert. Sie vergrößerten sich aus den konfiszieren Gütern der unschuldig im Namen der „heiligen Inquisition“ zum Tode verurteilten, gehängten und verbrannten Opfern der Kirche. Wie gewinnbringend die Massenmorde für die Bischöfe waren, ergibt sich beispielsweise aus folgender Zusammenstellung, die natürlich nur unvollkommen ist und beliebig vermehrt werden könnte. Am 21. Oktober 1639 wurden in Neisse 15 „Hexen“ verbrannt, deren Vermögen eingezogen und dem Bischof von Neisse übergeben, der dabei einen Profit von 351 Taler und 23 Groschen machte; derselbe Bischof erhielt ein Jahr später als Gewinn für gefälligen Mord an Unschuldigen 336 Taler. Der Fürstbischof von Breslau befahl, daß von den „Hexenopfern“ zwei Teile an ihn, also an den Fürstbischof abzuführen seien. Man machte aber nicht nur allein an den Verurteilten und Gemordeten Geschäfte, sondern machte sich noch einige gewinnbringende Nebeneinnahmen dadurch, daß man von den Verurteilten Loslösungsgelder erpreßte; so konnte ein Chemann seine Frau wieder erlangen, wenn er 300 Gulden für seine Schwiegermutter zahlte.



Die Hexenverbrennung

Nach einer Miniatur des Sebastian Münster (Basel 1552)

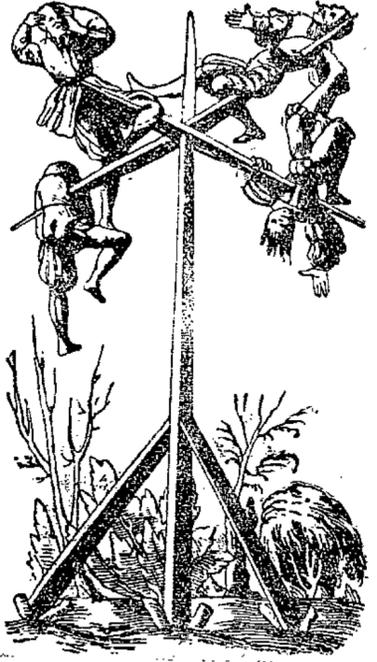
Aber auch die protestantischen Fürsten ahmten das Beispiel, das Geld einbrachte, nach, und ließen ebenfalls unter dem Protektorat der evangelischen Geistlichkeit Hexen verfolgen, damit aus deren Vermögen in die Taschen der Fürsten fließen. Der von dem Herzog von Coburg im Jahre 1628 herausgegebene Bericht zu dieser Frage lautet: „Die Obrigkeit sei berechtigt, die Güter der wegen Hexerei Kondemnierten zu konfiszieren, und das an anderen Orten die ob „crimen haereseos“ eingezogenen Güter ganz oder zum halben Teil den Inquisitoribus zugeschlagen werden sollen.“

Man mag nicht nur den Glauben an Hexen und Teufel in das Volk und bestrafte den Unglauben, sondern machte aus den Hexenverbrennungen ein profitables Geschäft. Ja, noch mehr.

Man konnte an den unschuldigen Opfern seine ganze Sinnlichkeit auslassen, denn die Hexenverbrennungen und Verfolgungen haben auch einen stark sexuellen Charakter.

Wer die Hexenbulle des Papstes Innozenz dem VIII. oder dem Hexenhammer der beiden Dominikaner Mönche, Heinrich Institor und Jakob Sprenger, die dieses Hexengebüch, diese Grundlage des kanonischen Rechtes in allen europäischen Staaten im Jahre 1489 drucken ließen, durchgearbeitet, oder wer die „Sechs Bücher zauberischer Untersuchungen“ des Jesuiten, des Theologieprofessors De Lira durchliest, der wird fast auf allen Seiten dieser Bücher pornographische Schilderungen des sexuellen Umgangs der Hexen mit dem Teufel finden, und diese Schilderungen sind so realistisch wiedergegeben, daß man die Geißel der Verfasser herauspürt.

Die in diesem Zusammenhang notwendig zu nennende Inquisition, die das Hexentum verriechte und eine unbeschränkte Macht ausübte, erpreßte von den Opfern Geständnisse, die dann wieder weiter verwertet wurden, die dann bewiesen, daß es wirklich Hexen gab, die einen sexuellen Verkehr mit dem Teufel eingingen. Aus den Geständnissen italienischer Hexen geht hervor, daß Hexen mit dem Teufel unnatürliche Unzucht treiben; deshalb kann der Richter über diese Dinge fragen, d. h. zu ihrer Erforschung die Folter anwenden. Und so erpreßten die Geistlichen ein Geständnis nach dem anderen, eines pornographischer als das andere und schweigten dann in wirren Vorstellungen.



Die Strafe des Pfählens

Nach einem Holzschnitt des Sebastian Münster (Basel 1552)

Die Inquisition, diese Einrichtung der katholischen Kirche, richtete sich, in etwa 150 Jahren ungefähr 30 000 Menschen getötet zu haben, 30 000 Menschen unschuldig gemordet zu haben; natürlich gestand sie nicht ein, daß es 30 000 unschuldig Gemordete waren, sondern Hexen, die nach göttlichem Recht hingerichtet wurden. Besonders Bayern und das Rheinland zeigten sich in der Hexenverfolgung „rühmlich“ aus. Wurden doch allein in Bayern in wenigen Jahren 3000 Menschen gehängt, verbrannt, erlöchen, gerädert und gräßlich verstümmelt, schenkte man sich doch nicht, Kinder von acht Jahren an zu mordeten, Greise bis zu 80 Jahren auf den Scheiterhaufen zu schleppen und große Dörfer zu verwüsten. Und warum? Weil die Geistlichkeit vom Papst an bis zu dem geringsten Priester die Auffassung hatten, daß Hexen und Hexenmeister mit dem Teufel im Bunde stünden, daß Krankheiten und Mißernten und dergleichen von den Hexen verursacht würden und diese den Teufel im Leibe hätten. Und wer von der Geistlichkeit nicht daran glaubte, mußte es entweder für sich behalten, oder er wurde selbst gerädert. Und wer mitmachte an diesen grauenvollen Verfolgungen, der machte sein gutes Geschäft dabei, der kam zu den höchsten kirchlichen Würden, auf Kosten der unschuldig Gemordeten.

Becquerel

(30 Jahre Radioaktivität)

Von Rudolf Süssmilch

Es ist ihm im Jahre 1900 auf der Pariser Weltausstellung zufällig kennen lernte, lag seine Entdeckung schon 4 Jahre zurück. Aber ihre Bedeutung konnte gleichmäßig noch nicht übersehen werden. Sehr sonderbar und ungewöhnlich war es allerdings, was der Physiker an der Pariser Polytechnischen Hochschule gefunden hatte. Daß aber von hier aus eine neue Epoche der Wissenschaft beginnen würde, konnte niemand ahnen. Es ist lehrreich, die Vorgänge zu betrachten, die zur Auffindung des Radiums führten. Becquerel wollte die alte Frage lösen: Was ist die Natur jenes eigenwilligen, im Dunkel erkennbaren Lichtes, das viele Stoffe an sich haben und das man als Phosphoreszenz bezeichnet, wenn der Körper nach seiner Leuchtzeit, und als Fluoreszenz, wenn er vorher mit Licht bestrahlt worden mag?

Becquerel unternahm schrittweise Versuche. Wieder spielte der bekannte Erfinder-Geist eine Rolle. Der französische Gelehrte legte verschiedene Materialien dem Sonnenlicht aus und wachte verwirrt er die Platte in einem dunklen Schrank, darin lag eine sehr feine fotografische abstrahlende Platte. Die schwache Strahlung, die der Phosphor im Dunkel zeigt, war seit langem als chemischer Vorgang, als ein langsameres Verbrennen erkannt worden. Aus wenigen Elementen zeigen diese Eigenschaften. Aber die Phosphoreszenz, d. h. das Wiederleuchten nach erfolgter Bestrahlung, ist sehr verbreitet. Der Name kommt vom Haupt, einem oft in schönen durchsichtigen Stücken vorkommenden Mineral. Becquerel untersuchte die Phosphoreszenz des Uran, eines schweren und ziemlich seltenen Metalls von der Dichte 18,7, das dadurch auffallend ist, daß es das größte Atomgewicht besitzt (238,2). Eines Tages entdeckte er nun eine Platte, wobei ihm während der Arbeit einfiel, daß er das Uran vorher nicht bestrahlt hatte. Also sollte es auch keine Wirkung auf die Platte ausüben. Dennoch war unmerklich eine Schwärzung der Platte eingetreten. Genauer Untersuchung zeigte, daß dieses leuchtende Metall tatsächlich aus sich selbst Strahlen ausstrahlte, die keineswegs durch Bestrahlung erst hervorgerufen wurden. Dabei war aber keine Rede von einem chemischen Vorgang wie beim Phosphor — das Uran lebte ab sich, auch das Gewicht erweist sich als gleichbleibend.

Das Uran selbst von selber Strahlen aus, die nach dem Gewicht ständig sind. Man fand vor einem Kästel, denn es

hatte den Anschein, als ob hier etwas aus nichts entstände. Während nun der Professor seine allgemeine Aufgabe weiter verfolgte, übergab er die Untersuchung der eigenartigen Strahlen seinem Assistenten Curie und dessen Gehilfin (später Curie) Marie Sklodowska. Diese letztere entdeckte 1898 das Radium als eigenartige Quelle der Uranstrahlen. Nun ist hier nicht die Entdeckung neuer Elemente (Radium, Polonium) gemeint, das wichtigste und unumwandelbare, sondern die Beobachtung, daß sich das Radium umwandelt. Die Atome des Radiums zerfallen in Uranium und es werden dafür andere, einfachere Atome geboren. Der Vorgang geht beim Uran sehr langsam vor sich, beim Radium bedeutend rascher. Der gesamte Umwandlungsprozess umfaßt eine Reihe, die vom Uran bis zu einer Art Blei führt, und worin das Element Radium sowie das Polonium und andere Stoffe Zwischenformen bilden. Die Umwandlung der Elemente war gesunden!

Die Becquerel-Strahlen gaben also Veranlassung für eine neue Entdeckung der Radioaktivität. Der Glaube an die Unveränderlichkeit der Elemente hatte damals bereits seinen letzten Rest verloren. Man dachte, daß sich die meisten Forscher vorwärts absehbend verhielten. Auch heute überhaken wir offenbar auf einen Teil der ganzen Frage. Wir sehen, daß sich folgende Aspekte:

Beständig verwandelt sich das schwerste Element, Uran, durch Strahlung in leichtere. Ebenso hat man beim Thorium den gleichen Vorgang der Umwandlung durch Ausstrahlung beobachtet. Man kann sich denken, daß in bestimmten Zeiten — vor Milliarden Jahren — solche Bedingungen im Kosmos herrschten (wir ahnen nicht einmal, was es für welche sein könnten) — die zur Bildung schwerer Grundstoffe führten. Soziale die Grundstoffe und Niederperiode der Welt! Darunter liegt dann das „normale“ Gezeihen ein, nämlich der Abbau der hochkomplexierten Stoffe, das Zergehen der Elemente. Und Gabriel kann nur das leichteste Element, der Wasserstoff sein. Freilich — da ist noch alles im Dunkel. Die Reihe, die mit Uran beginnt und über Radium führt, endigt, soviel wir heute wissen, bei einer Art Blei — sie geht nicht weiter. Aber wir glauben — auch in der Wissenschaft gibt es einen Grund — an die Einseitigkeit der Materie, geradezu wie der Biologe an den Darwinismus glaubt. Rutherford hat aus dem Glauben keine Menge von Radioaktivität hergestellt, und seither haben die Physiker ein Element in ein anderes umzuwandeln, nicht angefangen. Glauben wir aus an die charakteristische Umwandlung von Uranblei in Gold.

Die Entdeckung Becquerels traf zeitlich mit derjenigen der Röntgenstrahlen zusammen (1895) und diese beiden Ereignisse haben die Naturforschung auf neue Bahnen gelenkt und das Denken der Menschen ungemein bereichert. Zwar ist es ja daß die Vermehrung der Kenntnisse auch die Zahl der Rätsel vermehrte. Früher dachte man sich die Atome als solche kleine Kugeln, denen man weiter nichts anhaben könne („unteilbar“) und heute sieht man sie als zerlegbare und wandelbare kleine Planetensysteme von äußerst verdichtetem Bau an. Der Übergang war damals, als sich diese Folgerung herausstellte (1903), so jäh und erstaunlich, daß einer der bedeutendsten Forscher aus dem Zeitalter der klassischen Atomtheorie, der Oesterreicher Ludwig Boltzmann, angeblich aus diesem Grunde Selbstmord verübt hat: er sah sein ganzes Lebenswerk einstürzen, als die Atome sich als unteilbar erwiesen.

Die Schiffe des Caligula

Mussolini hat einen Ausschuss ernennen lassen, der sich seit Mitte Mai damit beschäftigt, die besten Mittel zu finden um die Schiffe herauszuholen, die der römische Kaiser Caligula zu seinem Vergnügen auf den Wassern des Nemi-Sees schwimmen und eines Tages versenken ließ. Die Geschichte dieser Schiffe ist ebenso merkwürdig wie geheimnisvoll. Die römischen Geschichtsschreiber erwähnen sie überhaupt nicht; nur der phantastische ältere Plinius spielt auf sie an. Trotzdem die Geschichte also wenig wahrscheinlich ist, will Mussolini seinen Namen mit der Hebung der Fahrzeuge und der Schiffe, die ein großes Vorbild vieler in ihnen aufgestapelt hatte, verknüpfen. Der Nemi-See, der den Grund eines Kraters, nördlich vom See Albano ausfüllt, hat wegen seiner Schönheit den Namen „Spiegel der Venus“ erhalten. Was sich an und auf diesem See an Orgien und Seeschlachtenspielen zugetragen haben mag, erschweigt des Geschichtsschreibers Höflichkeit. Bei der bekannten Gemütsart des Caligula würde es ja keineswegs verwunderlich sein, wenn er wirklich Schiffe mit ihren Kostbarkeiten hätte versenken lassen, als sie ihn zu langweilen begannen. Der italienische Senator Baccelli schlug schon im April Mussolini vor, die „von Tiberius versenkten Schiffe“ wieder herauszuholen zu lassen. Der Duce fand diese Idee so geeignet, seinen Ruhm als Beschützer und Förderer der Künste und Wissenschaften zu vermehren, daß er darüber gar nicht merkte, daß Baccelli dem Tiberius zuschrieb, was dem Caligula gehörte.